

41. Jahrgang • Heft 9/2002

Herausgeber:

Innenministerium NRW



**Redaktion –
Interview mit dem
neuen Inspekteur**

**IM NRW –
Fakten zum
Polizeihaushalt**

**Polizei NRW –
Neues Einsatzmittel
Stop-Stick**

**WSP NRW –
Zwei neue
Streifenboote**

**PP Essen –
Grenzüberschreitendes
Einsatztraining**

**PP Gelsenkirchen –
Mitarbeiterbefragung**



Wir trauern um Gerd Höllige

Am Sonntagnachmittag, dem 28. 7. 2002, wurde der 40-jährige Polizeikommissar Gerd Höllige während eines Einsatzes in Bonn-Bad Godesberg erschossen. Sein Kollege und Streifenpartner, Polizeikommissar Wolfgang Kraus, erlitt bei dem Gewaltverbrechen lebensgefährliche Verletzungen.

Der aus Dillenburg stammende Gerd Höllige wechselte am 1. Dezember 1987 vom Bundesgrenzschutz in die damalige Bundeshauptstadt Bonn zur nordrhein-westfälischen Polizei.

Er genoss bei allen Kolleginnen und Kollegen hohes Ansehen und große Sympathie. Ob im Personen- und Objektschutzdienst, auf der Bonner Einsatzleitstelle, seiner Dienstgruppe in der Hauptwache der Polizeiinspektion Mitte oder der „Caesar-Tour“ der Bad Godesberger Polizeiwache – Gerd Höllige war ein beliebter und geschätzter Mensch und Kollege. Er hinterlässt seine Lebensgefährtin mit ihren beiden Kindern.

Der Bonner Polizeipräsident Wolfgang Albers zeigte sich tief betroffen: „Wir sind entsetzt über die Tat und die Brutalität gegenüber den beiden Beamten. Sie waren im Einsatz, um den Rechtsfrieden

herzustellen und wurden auf brutale Art und Weise niedergeschossen. Auf schmerzhafteste Weise wurde uns verdeutlicht, dass es beim polizeilichen Einschreiten niemals absolute Sicherheit gibt. Den Angehörigen, Freunden und Kollegen des Verstorbenen wünschen wir die Kraft, mit dem Verlust umgehen zu können, der sie so unerwartet und unvorbereitet getroffen hat“, so der Polizeipräsident.

Gemeinsam mit NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens, der sofort seinen Urlaub unterbrochen hatte, besuchte der Bonner Behördenleiter den schwerverletzten Wolfgang Kraus im Krankenhaus. „Ich hoffe, dass sich Polizeikommissar Wolfgang Kraus rasch von seinen schweren Verletzungen erholt“, formulierte der Minister den Wunsch vieler Menschen.

In zahlreichen Einträgen in den Kondolenzbüchern auf der Polizeiwache Bad Godesberg, der Internet-Homepage der Bonner Polizei und auch im Intranet sprachen viele Menschen schon wenige Stunden nach dem schrecklichen Ereignis ihre Anteilnahme und Bestürzung aus.

Die Bereitschaft, den Hinterbliebenen von Gerd Höllige nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen zu wollen, ist überwältigend. Aus diesem Grund haben das Sozialwerk der Bonner Polizei und die Nordrhein-Westfälische Polizeistiftung folgendes Spendenkonto eingerichtet.

Spendenkonto:
Sozialwerk der Bonner Polizei
Konto: 73353
BLZ: 380 500 00



Wieder einmal wurde uns in diesen Tagen auf schreckliche Art und Weise die Gefährlichkeit des Polizeiberufes verdeutlicht.

Zwei erfahrene Polizeibeamte, PK Gerd Höllige und PK Wolfgang Kraus, wurden am 28. 7. 2002 in Bonn-Bad Godesberg zu einem scheinbar harmlosen und alltäglichen Einsatz entsandt, der sich zu einem tödlichen Szenario entwickelte.

Beileidsbekundungen und anerkennende Worte sind das eine. Sie reduzieren sich am Ende für Opfer oder Hinterbliebene auf die lebenswichtige Frage nach materieller Versorgung. Zwar hat der Staat eine Alimentationsverpflichtung gegenüber seinen Beschäftigten, in welchem Umfang die Versorgung greift, hängt aber oft von winzigen Zufälligkeiten ab.

Hier zu helfen, Not zu mildern bzw. zu verhindern, ist Ziel und Auftrag der Polizeistiftung NRW.

Die Nordrhein-Westfälische Polizeistiftung bittet Sie deshalb auch um Ihre finanzielle Unterstützung.

Spendenkonto Polizeistiftung:

Kreissparkasse Köln

Konto: 72 72 4

BLZ: 370 502 99

„Bonn-Bad Godesberg“

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Mobbingvorwürfe im Hagener Polizeipräsidium, der Tod eines Mannes nach einem Polizeieinsatz in Köln und die Umstände der tragischen Ereignisse von Bonn werden zurzeit überall diskutiert. Aber auch die in die Öffentlichkeit getragenen Vorwürfe, die Polizei NRW hätte einen massiven Personalmangel und ein akutes Ausstattungsproblem, sind ständige Gesprächsthemen.

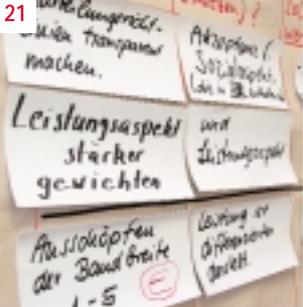
Auf Bitten der Redaktion „Streife“ beziehen Dieter Wehe, als neuer Inspekteur der Polizei NRW, die für den Polizeihaushalt Verantwortlichen im Innenministerium sowie die Fachleute der ZPD detailliert Stellung. Durch das Einbringen von Hintergrundinformationen und eine konkrete Darstellung der Sachverhalte gehen sie die Vorwürfe an.

Darüber hinaus zeigen sie auf, mit welchem hohen Aufwand die nordrhein-westfälische Polizei ihre Strategien und Maßnahmen umsetzt und dabei die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Auge behält.

Es wäre schön, wenn Sie uns dazu in Form von Leserbriefen Ihre Meinung sagen würden!

Ihre Redaktion „Streife“

E-Mail: streife@im.nrw.de

IM NRW – Fakten zum Polizeihaushalt NRW 2002/2003	4	
Redaktion – Interview mit dem IdP. Dieter Wehe	6	
Polizei NRW – Das neue Einsatzmittel Stop-Stick	10	
Polizei Wesel – Neues ProVida-Krad übergeben	15	
Polizei Essen – Grenzüberschreitendes Einsatztraining	16	
UNMIK – Erfolg nach XY-Fahndung im Kosovo	20	
Polizei Gelsenkirchen – Umgang mit Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung	21	
Vereidigungsfeier in Brühl	25	
Berichtswesen – vom „BiBer“ zum Landessystem	28	
WSP NRW – Zwei neue Streifenboote auf dem Rhein	30	
Polizei Köln – Bekämpfung der Internetkriminalität im Fachkommissariat	32	
Rätsel	34	
Impressum/Vorschau	35	

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2003

Der Landeshaushalt sinkt um 0,9 % –
Der Polizeihaushalt steigt um 0,8 %.
Damit setzt die Landesregierung Schwerpunkte
bei der Inneren Sicherheit.

„Sicherheit der Bürger ist gefährdet“

„Polizei an der Grenze der Belastbarkeit“

Die Kollegen nennen sie Lumpengarde

Haushaltspolitische Ausgangslage

Die Beratungen zur Aufstellung des Landeshaushaltes 2003 waren geprägt von der erkennbar schwierigen Finanzsituation.

Hauptursachen für die angespannte Situation:

- Durch die positiven Auswirkungen der Steuerreform für private Haushalte und der Unternehmenssteuerreform werden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 Bürger und Wirtschaft um rund 8,5 Mrd. € entlastet. Für den Landeshaushalt ist dies allerdings mit Einnahmeverlusten von 3,5 Mrd. € verbunden.
- Die schwierige international geprägte Wirtschafts- und Konjunkturlage mit entsprechenden Verlusten an Steuereinnahmen.
- Zwangsläufige Mehrausgaben im Landeshaushalt (z. B. Versorgungslasten, Personalausgaben, Zinsen).
- Die notwendige Absenkung der Neuverschuldung als Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Maastricht-Verschuldungskriteriums (Europäischer Stabilitätspakt).

Einsparvorschläge im Zuge der Kabinettsberatungen

Vor diesen Rahmenbedingungen ist eine Konsolidierung des Haushaltes zwingend erforderlich. Tiefgreifende schmerzliche Eingriffe in alle Bereiche der Landesverwaltung sind somit unvermeidbar.

Nachstehende (Einspar-)Vorschläge, die auch gravierende Einschnitte in den Polizeihaushalt und in den Personalbestand der Polizei zur Folge gehabt hätten, sind vom Kabinett nicht beschlossen worden:

- Einführung der 40-Stunden-Woche. Die wöchentliche Mehrarbeit hätte einem Stelleneinsparäquivalent von 3,75% entsprochen. Dies hätte dazu geführt, dass rd. 1 500 zusätzliche kw-Vermerke (künftig wegfallend) bei den Planstellen im Bereich der Polizei auszubringen und die Einstellungsermächtigungen entsprechend abzusenken gewesen wären.
- Fortfall der besonderen Altersgrenze für Vollzugsbeamte/-innen (Heraufsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre) unter gleichzeitiger Reduzierung der Einstellungsermächtigungen ab dem Haushaltsjahr 2003.

- Absenkung der derzeitigen Stellenplanobergrenze um weitere 10%.
- Streckung der Überleitungen im Rahmen der Einführung der zweigeteilten Laufbahn (Verschiebung um ein Jahr auf das Jahr 2004).
- Halbierung der Überleitungen im Rahmen der Einführung der zweigeteilten Laufbahn.

Folgende Einsparungen, die für alle Ressorts und somit für alle Bediensteten der Landesverwaltung schmerzlich sind, sind Bestandteil des Entwurfs des Haushaltsgesetzes:

- Erhöhung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe um 50%.
- Lineare Kürzung bei den Investitionen um 10%.
- Fortfall der Ansätze zur Deckung von Ausgaberesten bei der Hauptgruppe 9 in 2003.

Folgende Einsparung ist dem Innenressort als Kompensation für die Nicht-Einführung der 40-Stunden-Woche abverlangt worden (andere Ressorts haben aus diesem Grunde an anderer Stelle Einsparungen erbringen müssen):

- Fortfall von 102 Stellen für Angestellte (BAT V c).

**Politischer Schwerpunkt
„Innere Sicherheit“**

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen hat die Landesregierung bei der In-

neren Sicherheit einen klaren Schwerpunkt gesetzt. Sie hat am 2. Juli 2002 den Haushaltsentwurf 2003 mit folgenden Eckwerten beschlossen:

Die Gesamtausgaben im Landeshaushalt 2003 betragen 47 892,3 Mio. € (Soll 2002: 48 323,3 Mio. €) und sinken demnach gegenüber dem Vorjahr um 431 Mio. € bzw. 0,9%.

Die Ausgaben im Polizeihaushalt betragen 2 162,7 Mio. € (Soll 2002: 2 146,4 Mio. €) und steigen somit gegenüber dem Vorjahr um 16,3 Mio. € bzw. 0,8%.

Ausblick auf das Jahr 2003

Vorausgesetzt, dass der Haushaltsentwurf 2003 der Landesregierung vom Parlament wie vorgelegt verabschiedet wird, sind als Schwerpunkte der Weiterführung bedarfs- und funktionsgerechter Personal- und Sachausstattung der Polizei zu nennen:

- Die in 2002 im Rahmen der Sicherheitspakete eingerichteten 235 Planstellen und Stellen werden 2003 zunächst um weitere 95 Stellen für Angestellte ergänzt.
- Die Einstellungsermächtigungen werden nicht reduziert; nach über 1 000 in diesem Jahr können in 2003 wiederum 1 090 neue Kommissaranwärter eingestellt werden.
- Der Übergang in die zweigeteilte Laufbahn wird uneingeschränkt fortgesetzt; nach 835 in 2002 werden in 2003 wiederum 834 Planstellen des mittleren Dienstes in Planstellen des gehobenen Dienst umgewandelt.
- Nach erfolgter Ausschreibung in 2002, mit der rund 1 000 neue Funkstreifenwagen, somit die Hälfte des Bestandes im Streifendienst in den Polizeiinspektionen und Polizeiwachen, auf einen Schlag erneuert wird, werden in 2003 weitere 1 000 Streifenwagen europaweit ausgeschrieben. Ab 2004 wird es

nur noch Streifenwagen geben, die geleast und nicht älter als zwei Jahre sind.

- Darüber hinaus sind und werden zivile Funkstreifenwagen, diverse Sonderfahrzeuge sowie Halbgruppenfahrzeuge im benötigten Umfang gekauft.
- In den vergangenen Jahren haben wir den PC-Bestand auf einen Ausstattungsgrad von rund 90% steigern können. In diesem Jahr kommen über 5 000 weitere netzwerkfähige PC hinzu, womit eine Vernetzung von rund 75% erreichbar ist. Der weitere Ausbau und die Modernisierung des PC-Bestandes werden mit einem vergleichbaren Auftragsvolumen in 2003 fortgesetzt.
- Die flächendeckende Ausstattung mit ballistischen Unterziehschutzwesten mit einem Kostenvolumen von rund 38 Mio. € wird bis zum Jahresende 2002 abgeschlossen sein. Darüber hinaus ist für 2003 sichergestellt, dass jede neue Kollegin und jeder neue Kollege eine persönlich angepasste Schutzweste erhält.

- Die Körperschutzausstattung (1 370 Stück) der sechs Landeshundertschaften und der Alarmzüge ist in Auftrag gegeben worden. Sie werden bis Oktober 2002 ausgeliefert. Darüber hinaus wurden für dieses Jahr über 3 000 Einsatzschutzanzüge geordert; für das Jahr 2003 ist die Beschaffung von weiteren 3 200 Einsatzschutzanzügen vorgesehen.

Fazit

Auch in der heutigen, schwierigen haushaltspolitischen Situation ist sich die Landesregierung des hohen Stellenwertes der Inneren Sicherheit, insbesondere der Polizei, bewusst. Dies hat sich in den Rahmendaten des Polizeihaushaltes 2003 entsprechend niedergeschlagen. Mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2 162,7 Mio. € bewegt sich der Polizeihaushalt 2003 auf dem hohen Niveau der Vorjahre, in denen – wie oben beispielhaft geschildert – bereits viel erreicht und verbessert werden konnte. Dieses hohe Niveau wird auch im Jahr 2003 beibehalten und fortgeführt werden. ■


Hamburg-Mannheimer

Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Sie, unsere Beamte auf Lebenszeit, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, haben wir spezielle Darlehens-Programme. Zum Beispiel Festzinsen ab 5,95 % und effektive Jahreszinsen ab 6,42 %. In unserem InfoBüro erhalten Sie weitere schnelle und kompetente Lösungen.

Beispiel ❶ 30-jähriger Beamter auf Lebenszeit
Festzins 6,35 %, effektiver Jahreszins 6,97 %, Laufzeit 20 Jahre.
30 000 € = monatlich 271,25 €, inkl. Lebensversicherung
50 000 € = monatlich 449,58 €, inkl. Lebensversicherung

Beispiel ❷ 30-jähriger Angestellter, Beamter a. P. oder Arbeiter
Festzins 6,80 %, effektiver Jahreszins 7,37 %, Laufzeit 15 Jahre.
25 000 € = monatlich 235,42 €, inkl. Lebensversicherung

Generalagentur Jürgen Jäckel und Marco Heusmann:
Hannover: Wieselweg 7_30900 Wedemark_fax 0 51 30.79 03 95
Hamburg: Rathausallee 27_22846 Norderstedt_fax 0 40.52 19 39 07
Berlin: Wittestraße 30k_13509 Berlin_fax 0 30.43 57 24 91
Besuchen Sie uns auch im Internet: www.hm-darlehen.de

Neu InfoBüro 0 800.64 65 000
Von 8 bis 20 Uhr gebührenfrei, direkt und bundesweit

INTERVIEW

Seit nunmehr Juni 2002 ist Dieter Wehe als neuer Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei im Düsseldorfer Innenministerium tätig. Wie bereits in der letzten „Streife“-Ausgabe angekündigt, führte die Redaktion mit ihm über aktuelle dienstliche, aber auch private Dinge, ein ausführliches Interview.

„Streife“: Herr Wehe, die berühmten ersten 100 Tage im neuen Amt sind vorbei. Wie war es?

Wehe: Der Beginn meiner Amtszeit ist vor allem überschattet durch den Mord an unserem Bonner Kollegen Gerd Höllige und die schweren Verletzungen, die der Kollege Wolfgang Kraus erlitten hat. In meinen Gesprächen in Bonn-Bad Godesberg am 28. 7. selbst, vor allem aber in den Tagen danach, habe ich den Schock gespürt, den viele Beamtinnen und Beamte des Polizeipräsidiums Bonn, aber auch der gesamten nordrhein-westfälischen Polizei erlitten haben.

„Streife“: Was konnten Sie persönlich tun?

Wehe: Wichtig waren mir Gespräche vor Ort. Wir haben gemeinsam mit der Behörde Bonn, Angehörigen unseres Betreuungsteams, dem Malteser Hilfsdienst aus Bonn und Seelsorgern Hilfen für eine erste Bewältigung des schrecklichen Geschehens gegeben, vor allem psychologische und seelsorgerische Betreuung für Angehörige und betroffene Kolleginnen sowie Kollegen. Wir haben in den schweren Stunden und Tagen aber auch außerhalb der Polizei viel Zuspruch und Solidarität erfahren. Ministerpräsident Clement, Abgeordnete des Landtages und viele



Der Inspekteur sucht das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Foto:
Jochen Tack

Bonner Bürgerinnen und Bürger haben unsere Trauer um Gerd Höllige geteilt und sich persönlich nach der Genesung von Wolfgang Kraus erkundigt. Dies hat ebenso geholfen wie die große Anteilnahme der Polizeikolleginnen und -kollegen aus anderen Bundesländern, dem Bund und aus anderen Staaten.

„Streife“: Müssen wir etwas ändern?

Wehe: Der ursprünglich „harmlose“ Einsatz hat uns wieder deutlich gemacht, dass Gefahren auch in scheinbar ungefährlichen Aufträgen lauern. Zudem haben auch unglückliche Umstände mitgewirkt, dass Gerd Höllige seine Schutzweste noch nicht wieder hatte. Der Einsatz wird durch das Polizeipräsidium Bonn nachbereitet. Das Innenministerium prüft anschließend, ob und ggf. welche Konsequenzen für die Eigensicherung zu ziehen sind. Eins ist aber jetzt schon deutlich: es gibt keine absolute Sicherheit. Der Polizeiberuf ist auch ein Beruf, der Gefahren für das eigene Leben birgt.

„Streife“: Mobbingvorwürfe in Hagen, der Tod eines psychisch Kranken nach einem Polizeieinsatz in Köln – keine guten Schlagzeilen über die Polizei?

Wehe: Ja, richtig. Diese Vorfälle werden von der Justiz untersucht. Die durch die Bezirksregierungen Arnsberg und Köln sowie das Polizeipräsidium Köln eingesetzten Arbeitsgruppen gehen den Ursachen der aufgetretenen Probleme nach und erarbeiten Lösungsvorschläge. Das Ministerium wird prüfen, ob die Ergebnisse auf andere Dienststellen, Behörden oder landesweit übertragbar sind und inwieweit Konsequenzen z. B. für die Personalauswahl oder die Führung zu ziehen sind.

„Streife“: Sie waren auch selbst in Hagen und Köln, haben sich ein persönliches Bild gemacht?

Wehe: Ja. Dabei habe ich erlebt, dass alle – vor allem die Führungskräfte – sich der Brisanz der Themen bewusst sind. Es geht in erster Linie um Führungsfragen.

Inspekteur der Polizei NRW

Der Inspekteur der Polizei ist im Innenministerium für die Bereiche Führung und Steuerung, Inspektionen, Einsatz der Polizei sowie für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit verantwortlich. Er wirkt auch dort mit, wo es um andere für die Polizei NRW bedeutende Fragen wie Stärke und Verwendung der Polizei, Organisation, Personal und die Aus- und Fortbildung geht.

Der Inspekteur berät den Minister in polizeifachlichen Fragen und trägt in politischen Ausschüssen zu besonderen Ereignissen oder Angelegenheiten des Polizeibereichs vor.

Inspektoren der Polizei NRW waren in den letzten Jahren Alfred Dietel, Manfred Quentin, Heinz Storck, Ulrich Dugas und Dieter Glietsch.

Die unmittelbaren Vorgesetzten müssen drohenden Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenwirken. Sie kennen jeden Einzelnen in der Gruppe, die Motivation und Stärken, aber auch Sorgen und Probleme. Wichtig ist, dass Probleme durch die Verantwortlichen in den Behörden erkannt werden und entsprechende Gegenmaßnahmen abgestimmt und eingeleitet werden. In diesem Zusammenhang ist auch sicherzustellen, dass die direkten Vorgesetzten über die erforderlichen Informationen verfügen können.

„Streifen“: In Köln haben Sie auch mit den Kollegen gesprochen, die „den Stein ins Rollen“ gebracht haben?

Wehe: Wir haben nicht über den Ablauf gesprochen, soweit er Gegenstand straf- oder dienstrechtlicher Untersuchungen

ist. Unabhängig von der rechtlichen Verpflichtung zur Anzeigenerstattung haben mich aber der Mut und die Entschlossenheit der beiden Kollegen beeindruckt. So stand für sie von Anfang an fest, dass sie den Vorfall melden werden, auch wenn sie strafrechtliche, dienstliche oder andere persönliche Nachteile bekämen. Das Verhalten ist vorbildhaft für alle, die in eine Situation geraten, in der strafrechtlich relevante Vorwürfe gegen Angehörige des eigenen Teams bestehen. Diese Haltung macht Mut und hat einen Teil des beschädigten Ansehens der Polizei wieder hergestellt. Die beiden sind auch keinen negativen Reaktionen in der Polizei ausgesetzt gewesen. Im Gegenteil: sowohl Führungskräfte als auch andere Kolleginnen und Kollegen haben ihnen den Rücken gestärkt.

„Streifen“: Bei der Einführung der Neuen Steuerung gibt es Kritik, vor allem an dem Aufwand, der betrieben wurde und wird.

Wehe: Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, dass Veränderungen anfangs zu einem Mehraufwand führen und auch in der Polizei geführt haben. Entscheidend ist aber, ob dieser angesichts der zu lösenden Probleme sachgerecht ist. Über die Frage des Umfangs gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Die einen sagen, wir kommen nicht mehr zu „unserer eigentlichen Arbeit“, andere sehen keine oder allenfalls eine geringe Mehrbelastung. Die Behörden und Einrichtungen haben uns den Aufwand für Arbeits- und Projektgruppen mitgeteilt. Ausdrücklich hatten wir auch um eine Einschätzung aus der ▶

diskret
komfortabel
innovativ

Bitte besuchen Sie uns auf der:
SECURITY 2002
Stand 9-124

NEU
phonito Intra
Der kleinste Im-Ohr-Induktionsempfänger

PHONAK
communication systems

Kontaktadresse: Einar Gärtner, Im Baumgrund 6, D-36157 Eberöhring
Telefon +49 (0) 6656 9187 20, Fax +49 (0) 6656 9187 19
Mobile +49 (0) 170 8300 720, gaertner.phonak@tuttnet, www.phonak.com.ch

Sicht der örtlichen Personalvertretungen gebeten. Viele Arbeitsgruppen werden der Neuen Steuerung zugeschrieben, obwohl sie damit nichts zu tun haben. Die derzeitig vorliegenden Ergebnisse deuten nicht darauf hin, dass im Verhältnis zu unserer Gesamtarbeitszeit eine Überlastung mit Arbeitsgruppen zur Neuen Steuerung oder zu Fachthemen besteht. Ganz wichtig ist aber die Aussage von Innenminister Dr. Behrens: „Wir führen das zu Ende, was begonnen wurde, aber es wird nichts mehr Neues in der laufenden Legislaturperiode angefangen.“

„Streife“: Vielfach wird der Sinn der Reformen angezweifelt; es wird gesagt: Lasst mich doch einfach in Ruhe meine Arbeit machen!

Wehe: Angesichts der Entwicklung der öffentlichen Haushalte sind wir gefordert, das Personal und die Sach- und Finanzmittel der Polizei möglichst wirksam und wirtschaftlich einzusetzen. Die Polizei ist kein Wirtschaftsunternehmen! Dennoch kommt es darauf an, bei allen Planungen und Entscheidungen die Ausgabenseite zu berücksichtigen. Zum Ausmaß der Probleme verweise ich auf den Beitrag unter dem Titel „Entwurf des Haushaltsgesetzes 2003“. Unsere Reform ist aber –

auch wenn das vielfach bezweifelt wird – kein reines Sparmodell. Uns ist die Wirksamkeit unserer Strategien und Maßnahmen ebenso wichtig wie die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und anderer Personengruppen und Institutionen, für die wir unsere Leistungen erbringen. Besonders wichtig ist es aber auch, den Organisationsaufbau und die Abläufe so zu gestalten, dass die Kolleginnen und Kollegen gute Arbeit leisten können. Dies hat auf Dauer die größte positive Wirkung auf die Berufs- und Arbeitszufriedenheit.

„Streife“: Musste die Polizei denn alles neu entwickeln und vor allem, warum diese schrecklichen Begriffe wie „Produkte“ oder „Controlling“?

Wehe: Wir standen vor der Wahl, eigene Begriffe zu erfinden oder annähernd passende zu übernehmen, die zum Beispiel schon in anderen Verwaltungen verwendet werden. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Diese Fachsprache muss aber auch nicht jeder in der Polizei beherrschen. Wichtig ist, dass diejenigen, die zusammen arbeiten, einheitlich definierte Begriffe anwenden, sonst gibt es Chaos. Ich nenne nur das Beispiel „Controlling“, ein Begriff, der mit „Kontrolle“

völlig falsch übersetzt wäre. Andererseits gab es bestimmte Verfahren auch noch nicht für die Polizei, sie mussten erst entwickelt werden.

Dies ist das Verdienst des Arbeitskreises „Methodik und Koordination“ unter Leitung von LPD Dieter Schmidt. Die für die Polizei entwickelten Verfahren werden nach und nach zu unserem Alltag gehören und uns helfen, das Personal noch wirksamer und wirtschaftlicher einzusetzen. Diese Steuerung ist schon immer Führungsaufgabe gewesen, nur versetzen wir jetzt die Führungskräfte in die Lage, Entscheidungen auf der Grundlage gesicherter Daten zu treffen.

„Streife“: Sie pendeln noch täglich zwischen Münster und Düsseldorf, bleibt da eigentlich noch Zeit für etwas anderes als den Dienst? Man hört ja, Sie spielen Saxofon und sind sportlich aktiv?

Wehe: Alles nur zum Ausgleich und Spaß. Ich versuche, die Freizeit sinnvoll zu nutzen, muss aber zugeben, dass der musische und der sportliche Ausgleich im Moment etwas in den Hintergrund treten.

„Streife“: Ihre Wünsche?

Wehe: Ein gemeinsamer Auftritt mit dem Landes-Polizei-Orchester für einen guten Zweck, zum Beispiel für die Angehörigen von Gerd Höllige. Aber es müsste schon ein einfaches Stück sein!

„Streife“: Ihr Motto?

Wehe: Vielleicht in Anlehnung an Erich Fried: Wichtig ist nicht nur, dass der Mensch das Richtige denkt, sondern auch, dass der, der das Richtige denkt, ein Mensch ist.

Vielen Dank.



AUTOKAUF



zu TOP-KONDITIONEN

▶ Neuwagen

▶ Jahreswagen

▶ Gebrauchtwagen

▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

Informieren Sie sich!

Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus



(0 22 07) 76 77



Aktuelle Infos zu Unterziehschutzwesten

Mit Stand 30. Kalenderwoche wurden mehr als 27 000 Polizeibeamtinnen und -beamte vermessen und etwa 20 000 ballistische Unterziehschutzwesten ausgeliefert. Bis Ende 2002 wird die Ausstattung landesweit abgeschlossen sein. Allerdings traten sowohl bei der Vermessung, als auch bei der Auslieferung wiederholt Fehler und Missverständnisse auf.

Um diese Missverständnisse schon im Ansatz aufzuklären, gibt es in jeder Behörde/Einrichtung einen Koordinator, der für die Abwicklung zuständig ist und bei Fragen zum Verfahren weiterhelfen kann. Darüber hinaus stehen für weitere Fragen auch die Kolleginnen und Kollegen der ZPD/Waffentechnik-SG 31.5, jederzeit zur Verfügung!

Die Redaktion „Streife“ fragte also bei den ZPD nach, welche Fragen denn so am häufigsten gestellt werden. Hier die Top-Ten:

Welchen ballistischen Schutz bietet mir meine neue Schutzweste?

Die Schutzweste bietet Schutz gemäß der Deutschen Schutzklasse 1 nach Technischer Richtlinie (TR) 10/2000.

Das bedeutet, dass unter definierten Bedingungen auch aus einer Maschinenpistole verschossene Vollmantel-Weichkerngeschosse sowie alle zurzeit bei den Polizeien der Länder eingeführten „neuen“ Polizeigeschosse sicher gehalten werden.

Welchen Schutz bietet meine Schutzweste gegen Messer?

Mit Stichschutzeinlage werden vordefinierte Messer nach TR mit einer Kraft von 25 N sicher gehalten.

Handelt es sich bei den ersten Schutzwesten, die zur Auslieferung kamen, um Altbestände oder Lagerware?

10 000 Schutzwesten in Standardgrößen wurden zur Beschleunigung der Ausstattung vorab für NRW gefertigt.

Dauert die Auslieferung der Schutzwesten für Polizeibeamtinnen länger als für Polizeibeamte?

Bei Damenschutzwesten konnte aus anatomischen Gründen keine Vorabfertigung erfolgen, die Fertigung erfolgt erst nach individueller Vermessung.

Wie verhalte ich mich, wenn die Schutzweste nicht passt, defekt oder unvollständig ist?

Das Call-Center der Firma Lion Apparel nimmt Reklamationen unter der Free-Call Tel.-Nr. 08 00-3 55 35 55 entgegen und gibt Hinweise zur weiteren Verfahrensweise.

Wie ist es möglich, dass die nach Maß gefertigten Schutzwesten in einigen Fällen nicht auf Anhieb passen?

Bei den Schutzwesten verhält es sich ähnlich wie bei anderen Kleidungsstücken. Auch ein Maßanzug muss evtl. nachgearbeitet werden, bis die optimale Passform erreicht ist.

Wie verhalte ich mich, wenn ich alternativ zu den Funktions-Shirts ein Deep-Cover-Shirt erhalten möchte, aber nicht dem berechtigten Personenkreis angehöre?

Beamtinnen und Beamte, die ihren Dienst dauernd in Zivil versehen, erhal-

ten anstelle von zwei Funktions-Shirts ein Deep-Cover-Shirt. Andere, die zusätzlich ein Deep-Cover-Shirt wünschen, müssen die Kosten selbst tragen.

Wann werden die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen mit einer Schutzweste ausgestattet?

Persönlich zugeteilte und maßangefertigte Unterziehschutzwesten für Bedienstete, die aus der Ausbildung in die Behörden entlassen werden und dem berechtigten Personenkreis zuzuordnen sind, erhalten schnellstmöglich eigene Schutzwesten. Erstausslieferung für diesen Personenkreis 2003. Übergangsweise kann auf eine sog. Pool-Weste zurückgegriffen werden.

Wann werden die Kolleginnen und Kollegen im Bereich der BR Detmold vermessen?

Gemäß den Vorschlägen der Koordinatoren der Behörden wurden/werden mit der Lieferfirma Termine vereinbart. Die Vermessungen im Bereich des Landrats Höxter wurden im August durchgeführt. Die Ausstattung erfolgt sukzessive.

Wie wird eine Qualitätskontrolle gewährleistet?

Im jährlichen Zyklus werden per Losverfahren intensiv getragene Schutzwesten gegen Ersatz eingesammelt und einer Beschussprüfung unterzogen.

Gibt es eine Ausstattung- bzw. Tragepflicht?

Mit Bezugsverlass vom 24. 3. 2000 – IV C2/B2/D3 – 8239 – wurde eine Ausstattungspflicht festgeschrieben. Eine Tragepflicht ist mit Ausnahme einsatzbedingter Einzelfallanordnungen nicht vorgesehen.



Stop-Sticks
unterbinden
Fluchtfahrten
schon im
Ansatz.

Fotos:
Jan Potente

*Die gemeinsame Projektgruppe
„Eigensicherung in der polizeilichen
Praxis“ des UAFEK und des UAFEM
kommt zu folgender Bewertung:*

Bericht (Auszug) vom 19. 3. 2001:

„Nagelgurte oder vergleichbare Systeme haben einen hohen Wert für die Eigensicherung, für die Sicherheit Unbeteiligter sowie letztlich für den Flüchtenden bzw. Anzuhaltenden selbst, weil gefährliche Verfolgungsfahrten und riskante Anhaltetvorgänge vermieden werden können.

Der taktische Wert ist davon abhängig, wie schnell solche Systeme im Einsatzfall vor Ort verfügbar sind.

Der taktische Wert kann dadurch eingeschränkt werden, dass zunehmend Fahrzeuge mit Luftbereifung ausgestattet sind, die Notlaufeigenschaften besitzen. Wichtig ist, dass Systeme gewählt werden, die aufgrund ihrer Handhabbarkeit, ihres Gewichtes sowie der Wirkung im täglichen Dienst akzeptiert werden.

Im täglichen Dienst sollten darüber hinaus nur Systeme verwendet werden, die einen kontinuierlichen Luftaustritt aus beschädigten Fahrzeugreifen gewährleisten. Systeme mit sofortigem Luftaustritt sollten ausschließlich den Spezialeinheiten vorbehalten bleiben.

Votum: Uneingeschränkt zu empfehlen.“

Sieger ist . . . Stop-Stick

– das neue Anhalte-System der nordrhein-westfälischen Polizei

Über 2-Meter-Funk kommt die Warnmeldung des Anhaltepostens. „Vorsicht! Der Fahrer des weißen Opel Vectra hat die Haltezeichen vor der Kontrollstelle missachtet und fährt mit hoher Geschwindigkeit durch.“

Was der Fahrer des Opel Vectra nicht weiß, diese Kontrollstelle ist mit dem neuen Anhaltesystem „Stop-Stick“ ausgerüstet. Damit sollen flüchtige Fahrzeuge gefahrlos für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zum Anhalten gebracht werden.

Der Sicherungsposten am Ende der Kontrollstelle bestätigt die Warnmeldung und legt aus sicherer Position den Stop-Stick auf die Straße. Die Kollegen im Verfolgungsfahrzeug starten den Motor und warten zunächst ab.

Kurz darauf erreicht der Opel den quer auf der Straße liegenden Stop-Stick und überfährt ihn. Mit lautem Knallen und

Zischen entweicht die Luft aus den Vorderreifen des ausrangierten Opel Vectra. Bert Friedrich, Fahrsicherheitstrainer bei der PAI Linnich und „Flucht-Fahrer“ des Opel Vectra, muss sein Fahrzeug nach etwa 50 Meter anhalten. Die Weiterfahrt mit hoher Geschwindigkeit wurde unterbunden und eine damit verbundene unkalkulierbare Gefahr für die Beteiligten und Dritte abgewehrt.

Fazit aller Teilnehmer dieses Tests:

Der Stop-Stick sollte in keinem Streifenwagen mehr fehlen. Bei der Durchführung einer stationären Kontrollstelle, aber auch in anderen Situationen des polizeilichen Alltages (z. B. bei der Einrichtung einer Kontrollstelle im Rahmen von Verfolgungsfahrten etc.), ist der Stop-Stick geeignet und für die Eigensicherung unverzichtbar.





Funktionsweise

Und wie erklärt der Fachmann für diese Technik, Kollege Scholten von den ZPD NRW – SG 32.1, die Funktionsweise: Beim Überfahren des Stop-Stick durchbohren, je nach Breite des Reifens, einer oder mehrere Ablassnägel den Reifen. Durch die Rollbewegung des Reifens lösen sich die Stahlspitzen (innen und außen) aus dem Hohlröhrchen. Durch diesen Hohlkörper, der oben und unten offen und darüber hinaus längsgeschlitzt

Das System

Das System besteht aus drei Einzelementen:

- einer Nylonhülle (3 m)
- einer Schnurspule mit einer Nylonschnur (24 m/Zugkraft 54 kg) und
- einer Tragetasche zur Lagerung im Kofferraum

Die drei Einzelemente benötigen zur Unterbringung eine Grundfläche von 910 mm x 190 mm x 80 mm (Höhe).

Ein Einzelement wird gebildet durch einen 910 mm langen dreieckigen Körper, der 36 innenliegende Ablassnägel enthält. Die Kantenhöhe beträgt 76 mm.

Länge:	910 mm
Breite einer Seite:	76 mm
Gewicht:	533 g



Die Stop-Sticks sind folgendermaßen aufgebaut:

In der porösen Hartschaummasse des Dreieckkörpers sind die 36 Stahl-Ablassnägel so eingebracht, dass je 3 Nägel in einem räumlichen Abstand von 13 mm zueinander ein gleichseitiges Dreieck bilden. Dadurch ist gewährleistet, dass auf einer Breite von 26 mm, unabhängig von der Lage des Stop-Sticks, auf jeden Fall ein Ablassnagel in den Reifen eindringt. Im Abstand von je 75 mm folgen weitere Ablassnägel in gleicher Anordnung. Der Hartschaumkörper ist von einer stabilen durchsichtigen Gewebefaserfolie umgeben, die verhindern soll, dass sich die Stahlspitzen beim Transport, Hantieren etc. unbeabsichtigt aus den Hohlröhrchen lösen können. Dies würde zur Funktionsunfähigkeit des Stop-Sticks führen.

Die Außenhülle des Stop-Sticks bildet ein schwarzer Plastikschlauch (1 mm stark/mechanisch belastbar), der zu einer dreieckigen Außenhülle verformt wurde. Die Enden der Stop-Sticks sind mit dreieckigen Abschlusskappen verschlossen. An diesen Abdeckungen sind auch die Bajonett-Verschlüsse für die Adaption weiterer Stop-Stick-Elemente vorhanden.

Einsatz professionell geplant?



Bedarfsgerecht

- ▶ vorausschauende Planung
- ▶ ökonomisches Umsetzen
- ▶ funktionale, zielgenaue Einsatzgebühren

Belastungsmindernd

- ▶ Individuelle Planungsmöglichkeiten
- ▶ Dienstgerechtigkeit und persönliche Fairness
- ▶ Möglichkeit der abgabenrechtlichen Planung

Status korrekt

- ▶ klare Abrechnung
- ▶ automatische Berechnung von Zuschlägen
- ▶ Jahresabschlusskriterien für den Überblick

Zu verstehen als verbilligte Dienstleistung und eine hohe Einsatzbereitschaft zu verstehen.



Das intensive
Gefahren macht es
schwierig möglich,
Dienst und Freizeit im
Einklang zu bringen.

Im SP-EXPERT werden
die Personalbedarfs-
und Schichtplanungs-
planung optimiert.



Systemsi AG
Bismarckstraße 100 | 40225 Düsseldorf | Tel. +49 (0) 21 27 22-400
E-Mail: info@systemsi.de

Systemsi
Bismarckstraße 100
40225 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 21 27 22-400

Tel. +49 (0) 21 27 22-400
E-Mail: info@systemsi.de

Tel. +49 (0) 21 27 22-400
Info@systemsi.de



ASTRUM

ENFORCER
PÜLZ GMBH

1 ANTI-MESSER-HANDSCHUHE

Außen Leder, innen Spectra (super-resistent) oder Kevlar, schützt Ihre Hände bei Messerangriffen.



Größen: S-XXL.

Kevlar-RFK 300

Best.-Nr.: 5536

Spectra-FM 2000

(schnittfester als Kevlar)

Best.-Nr.: 4526

41,- €

47,- €

2 POLIZEI-AUSRÜSTUNGSTASCHE

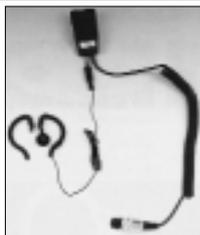
Viele Fächer, Nylon/Cordura

Best.-Nr.: 4468

Schriftzug Polizei, Best.-Nr.: 4205

56,80 €

17,50 €



3 SPRECHERANRICHTUNG

mit Lautsprecher/Mikro-Funktion. Anschlussstecker passend für Bosch FuG 10 a/13 a (BOS). Diese Sprechereinrichtung ersetzt die Sprechertaste am Funkgerät, sodass das Funkgerät in der Tasche bleibt.

Best.-Nr.: 4490

52,50 €

OHRHÖRER-ANSCHLUSS

passend z. B. für Sprechereinrichtung 4490. So können Passanten den Funkverkehr nicht mithören. Mit Zusatzbügel für das andere Ohr, 3,5 mm Stecker.

Best.-Nr.: 4488

22,- €

Besuchen Sie uns:
Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr
Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr

Neuen Farbkatalog abholen oder anfordern:

ENFORCER GmbH
Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher
Tel. (0 72 51) 96 51-0
Fax (0 72 51) 96 51-14

Filiale BERLIN: Rankestr. 14
Lieferungen nur an Behörden,
Sicherheitsdienste
und deren Angehörige!

ist, kann die Luft aus dem Reifen schnell entweichen (Erfahrung: zwischen 5-10 Sek.).

Mit Hilfe der „Stop-Sticks“ können sowohl Pkw als auch größere Fahrzeuge sicher zum Stillstand gebracht werden. Selbst bei hohen Geschwindigkeiten zeigte der Stop-Stick die gewünschte Wirkung. Nach Überfahren der Systeme war in den Tests ein Abbremsen der Fahrzeuge bis zum Stillstand in jedem Fall ohne Probleme möglich. Im Geradeauslauf bleiben die Fahrzeuge spurteu.



Es ist aber daran zu denken, dass die betroffenen Fahrzeuge fahrtüchtig bleiben.

Es sind deshalb weitere geeignete Folgemaßnahmen zu treffen, um eine Weiterfahrt des Fahrzeuges zu unterbinden!

Daher: Den Stop-Stick möglichst in der Nylonhülle auf die Straße legen. So kann das System mit der Schnurspule nach der Überfahrt des Fluchtfahrzeuges komplett von der Straße gezogen werden. Ein nachfolgendes Verfolgungsfahrzeug kann dann ungefährdet die Sperrstelle passieren.

Die Systeme sollten stets auf hartem Untergrund eingesetzt werden, damit die Ablassnägel auch in den Reifen eindringen können. Nicht eingesetzt werden sollte der Stop-Stick bei Motorrädern oder vor Kurven.

Durch Aneinanderstecken der drei Einzel-elemente erhält man eine Länge von etwa 2,70 m. Das Abdecken einer Fahrbahnbreite ist damit problemlos möglich. Aufgrund der Steckmodule an den Seiten der Einzelelemente ist es zudem möglich,

weitere Elemente zu adaptieren, sodass auch größere Fahrbahnbreiten abgedeckt werden können.

Beschaffung

Durch die Bezirksregierungen wurde ein Erstbedarf der Kreispolizeibehörden von lediglich 167 Stop-Sticks gemeldet. Daraufhin wurde das Sperrsystem im Rahmen einer Besprechung der Behördenleiter mit Vertretern des Innenministeriums thematisiert. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass der Stop-Stick als Sperrgerät aus einsatztaktischer Sicht ein geeignetes Mittel zum Anhalten von flüchtigen Fahrzeugen darstellt. Die Behörden werden dementsprechend im Rahmen ihrer dezentralen Ressourcenverwaltung das Anhaltesystem eigenständig beschaffen. Die zentrale Beschaffung im Rahmen eines Landesprojektes durch die ZPD NRW für alle Streifenwagen wurde nicht gewünscht.

Zum 1. 8. 2002 haben die ZPD NRW einen Sukzessivleistungsvertrag mit dem Hersteller abgeschlossen, dem direkten Erwerb beim Hersteller durch die Kreispolizeibehörden steht nichts mehr entgegen.

Schulung

Das PFI Münster wird zeitnah eine Multiplikatorenausbildung durchführen, denn die Stop-Sticks sollen nur von entsprechend fortgebildeten Beamten eingesetzt werden.

Technische Informationen

Das Anhalte-System, bzw. Sperrgerät „Stop-Stick“ stellt aufgrund seiner besonderen Konstruktion ein einfach einzusetzendes Einsatzmittel der Polizei dar, mit dem flüchtende Fahrzeuge gefahrlos angehalten werden können. ■

Das Betreuungsteam ...

steht Ihnen jederzeit zur Verfügung. Es ist über das LKA Düsseldorf erreichbar. Sie können auch jedes Mitglied direkt ansprechen.

Wir beraten Sie unmittelbar nach dem traumatischen Ereignis, führen Einzel- und Gruppengespräche durch.

Zeitversetzt nach dem Ereignis, wenn der erste Schock überwunden ist, wird im Rahmen eines Gruppengesprächs mit gleichfalls Betroffenen eine Einordnung und Verarbeitung des belastenden Ereignisses versucht (sogenanntes "Debriefing").

Weitere Gespräche können folgen.

Diese Maßnahmen unterstützen eigene Bewältigungsstrategien in der Verarbeitung eines außergewöhnlichen, traumatischen Ereignisses, das die bisherigen Lebenserfahrungen überschreitet.

Sie sind keine Therapie!

**Das Betreuungsteam
erreichen Sie über:**

**LKA Düsseldorf
Telefon 0211/939-6411**

BETREUUNG

Dr. med. Peter Dahm
BR Münster PÄD
Telefon 0251/7795-151

Dr. med. Gero Koch
PAI Stuckenbrock PÄD
Telefon 05257/987-1490

POR Andreas Kornfeld
PP Bielefeld
Telefon: 0521/545-2800

**PD Reinhard Lenzen-
Fehrenbacher**
LR Neuss
Telefon: 02131/300- 2100

Dr. med. Christoph Pahlke
PP Dortmund PÄD
Telefon 0231/132-9500

PD Wolfgang Psiuk
PAI Selm
Telefon: 02592/68-5000

Dr. med. Martin Schmidt
PP Essen PÄD
Telefon: 0201/829-2501

PD Ingolf Schween
PP Bochum
Telefon: 0234/909-3400



nach
besonders
belastenden
beruflichen
Ereignissen

Stand: Januar 2002

Polizei

Wann Beratung?

Sie als Polizeibeamtin/Polizistbeamter sind es gewohnt, mit Belastungen umzugehen. Dennoch können auch Sie mit außerordentlichen, plötzlich auftretenden Ereignissen konfrontiert werden, die Ihre normalen Bewältigungsmechanismen überfordern. Ihr Wohlbefinden kann hierdurch eingeschränkt gestört werden.

Extremereignisse können sein:

- Erleben von Tod oder schweren Verletzungen anderer
- Erleben schwerer Verletzungen/ Tod eines Kollegen
- Bedrohung des eigenen Lebens z.B. durch Schusswaffe oder schweren Verkehrsunfall
- Erleben von Todesangst
- Schusswaffengebrauch gegen Personen
- jegliche Form schwerer Gewalterfahrung als Zeuge oder Opfer

Durch frühzeitige Beratung können traumatische Belastungsreaktionen gemildert und Belastungsstörungen verhindert werden.

Mögliche Reaktionen:

Nach einem belastenden traumatischen Ereignis reagieren die Menschen ähnlich. Sie sind erschrocken, fühlen sich hilflos, stehen wie neben sich, werden von dem Ereignis immer weiterverfolgt. Das Erlebte kann unbegreiflich nicht eingerechnet und verarbeitet werden.

Es zeigen sich folgende Symptome:

Man ist übererregt, kann nicht schlafen, sich nicht konzentrieren, ist hyperaktiv, emotional, ungeschädigt aggressiv. Man wird von der Erinnerung an das Erlebnis wieder eingeholt, auch wenn man sich nicht daran erinnern will. Bilder, Gerüche, Geräusche oder Alpträume drängen sich auf. Man versucht, sich unangenehm zu machen, um den Schmerz des Geschehens nicht nochmals durchleben zu müssen, vermeidet Situationen, in denen man an das Ereignis erinnert wird.

Was können Sie tun?

nicht anderen Betroffenen darüber reden, zusammen den Ablauf des Geschehens in Erinnerung rufen (einer Schritt der Verarbeitung)

emotionale Reaktionen zulassen

regelmäßigen Tageslauf einhalten, sich strukturieren

Bewegung, Aktivitäten, Sport

Entspannung, ausreichender Schlaf

keine Flucht in Alkohol, Medikamente, Drogen

Geduld mit sich selber (Verarbeitungsprozess dauert Tage bis Wochen)

Beratung suchen beim Betreuungsbeamten

Merkmale:

Posttraumatisches Belastungsreaktionen sind normale Reaktionen auf ein unerwartetes Ereignis!

Klass. Krankheits

Polizei Wesel testet ProVida-Krad

Ab sofort sollen „Raser und Drängler“ auf den nordrhein-westfälischen Straßen noch wirksamer verfolgt werden. Zum ersten Mal wird ein neues, mit modernster Videotechnik ausgerüstetes Motorrad eingesetzt.

Das zivile Polizei-Krad ist mit dem „Proof Video Data System“ (ProVida) ausgestattet, einer modernen Videotechnik zur Abstands- und Geschwindigkeitsmessung im fließenden Verkehr. Das Videosystem zeichnet mit der unauffällig vorn angebrachten Kamera die Verkehrsverstöße auf. Das Videobild mit allen beweisenotwendigen Daten, beispielsweise Geschwindigkeit, Abstand oder Länge der Messstrecke, wird bereits während der Fahrt ausgewertet. Den erappten Auto- oder Motorradfahrern führt die Polizei an Ort und Stelle ihr Fehlverhalten vor, denn die direkte Konfrontation mit der Tat und ihren Folgen hat erzieherischen Wert.

Das Motorrad soll bis voraussichtlich Ende 2002 auf den Landstraßen im Kreis Wesel erprobt werden. Das 98 PS starke und über 200 km/h schnelle Krad der Firma BMW kostet, komplett ausgerüstet, etwa 40 000 Euro.

Neben stationären Radar- und Videomessanlagen hat die nordrhein-westfälische Polizei bisher schon Pkw zur Bekämpfung von zu schnellem Fahren, zu dichtem Auffahren und falschem Überholen eingesetzt. Zurzeit sind 17 mit moderner Videotechnik ausgerüstete Streifenwagen landesweit auf den Autobahnen im Ein-



Innenminister Behrens übergab den Kollegen Werner Holz und Karlheinz Kleinschulte vom Weseler VD das neue ProVida-Krad. Foto: Yavuz Arslan

satz. Fünf weitere Spezialfahrzeuge werden in Kürze beschafft, kündigte der Minister an.

Der Einsatz der mobilen Überwachungstrupps ist sehr erfolgreich. Allein im Bereich der Autobahnen der Bezirksregierung Düsseldorf haben die besonders ausgebildeten Polizisten im vergangenen Jahr 87 Strafanzeigen und 3 299 Ord-

nungswidrigkeitanzeigen erstattet. 291 Autofahrer mussten Verwarngelder bezahlen. In 1 325 Fällen wurden Fahrverbote verhängt.

Die „Streife“ wird den Kollegen des VD Wesel bei der Erprobung über die Schulter schauen. In einer der nächsten Ausgaben erfolgt dann ein „Lagebericht“ vom Niederrhein. ■

Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Beamte a. L., alle unkündb. Mitarbeiter des öffentl. Dienstes. Festzins ab 5,95%, effekt. Jahreszins ab 6,49%, Laufzeit 12-14 Jahre. (Beispiel: beim 30jähr. kosten 20 000,- €, LZ 14 J., 211,17 €)

Blankodarlehen zum Girokontoausgleich 5 000,- €, mtl. 47,92,- €, effektiver Jahreszins 5,93%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung).

Darlehen für Hausbesitzer bis 10 000,- €, mtl. 95,83 €, effektiver Jahreszins 5,93%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung)

Hypotheken-Darlehen: Zinssatz 4,75%, effektiver Jahreszins 4,86%, 8 Jahre fest, Ausz. 100%, ges. Laufzeit 22 Jahre, Rate über die ges. Laufzeit fest. Für Kauf, Umfinanzierung, Neu- und Anbau. Weitere Angebote im Programm. Informieren Sie sich bei unseren fachkundigen Mitarbeitern. Modernisieren Sie mit KfW-Mitteln.

Vermittelt: gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH · Kopernikusstraße 15 · 37079 Göttingen
Fon (05 51) 9 98 98 44 · Fax (05 51) 9 98 98 30 · E-Mail: mphartmann@t-online.de

Anzeige

www.polizeiladen.de

Grenzüberschreitendes Einsatztraining



Die WM 2006 im Blick, die Problemstellungen fest im Griff; so trainierten deutsche und niederländische Kolleginnen und Kollegen.



Fotos:
BESI Team
der 7. BPH

Auf dem ehemaligen britischen Militärflughafen Weeze-Laarbruch fand die erste gemeinsame Übung der Mobilien Einheiten der Regio Gelderland (geschlossene Einheiten der holländischen Polizei), der Koninklijke Marechaussee (NL, vergleichbar unserem BGS), der Beweissicherungs- und Festnahmeuntertschaft (BFH) der Bundesgrenzschutz-Abteilung St. Augustin und der 7. Bereitschaftspolizeiuntertschaft (BPH) des PP Essen einschließlich des V. Alarmzuges der Bezirksregierung Düsseldorf statt.

Knapp 500 Kolleginnen und Kollegen der beteiligten Einheiten probten einen gemeinsamen Einsatz gegen Fußball-Hooligans im Hinblick auf die WM 2006.

Vorbereitung

Im Februar dieses Jahres wurde die Idee geboren und vom PP Essen die Kontakte zur holländischen Polizei geknüpft. Bei einem ersten Treffen Anfang März war man sich schnell einig, dass man im Juni eine Vollübung zum Thema gewalttätige Hooligans durchführen wollte. Da sich das angenommene Szenario im grenznahen Bereich abspielen sollte, wurde vereinbart, dass sich auch Kräfte des BGS und der K. Marechaussee an dieser Übung beteiligen sollten.

Als Übungsziel wurde formuliert:

- Die Übungsteilnehmer lernen die unterschiedlichen Organisationsstrukturen, Ausrüstung, Taktiken und Rechtsvorschriften kennen.



- Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Einheiten bei grenzüberschreitenden Einsatzen ist gewährleistet.
 - Die Einsatzkräfte können sich im grenznahen Bereich besser orientieren.
- In mehreren Besprechungen unter Beteiligung des Ständigen Stabes des PP Essen und der Kreispolizeibehörde Kleve wurden die Einzelheiten dieser Übung festgelegt. Als Übungsort bot sich der ehemalige britische Militärflughafen Weeze-Laarbruch an, der für die Durchführung einer solchen Großübung optimale Voraussetzungen bietet. Durch die niederländische Seite konnten 150 Studenten der Universität Nijmegen als Übungs-Störer gewonnen werden. Die Verpflegung wurde durch das THW übernommen. Außerdem sagte die Euregio Rhein-Waal zu, die Übung mit Mitteln der EU zu fördern.
- Schon sehr schnell wurde klar, dass diese Übung in den Medien auf enormes Interesse stoßen würde. Deshalb wurden die Pressesprecher der beteiligten Behörden in die Übungsvorbereitung eingebunden.

Durchführung

Nach der Begrüßung aller Teilnehmer durch LPD Janiesch, als Vertreter des PP Essen, ging es los. Jede Einheit demonstrierte ihre Möglichkeit für das Einschreiten gegen gewaltbereite Hooligans. Beeindruckend und für die deutschen Teilnehmer neu war vor allem der geschlossene und kombinierte Einsatz von geschlossenen Einheiten, Diensthundeführern und zivilen Zugriffskräften, den die holländischen Kollegen in Perfektion vorführten.

Die BFH des BGS zeigte das Vorgehen bei der Kontrolle eines Busses aus dem fließenden Verkehr, was bei den Zuschauern wegen der gelungenen Demon-



Zunächst führte die NRW-Polizei ihre Taktiken vor, ...



stration auch auf reges Interesse und Beifall stieß.

Die 7. BPH und der V. Alarmzug zeigten das Vorgehen der nordrhein-westfälischen Polizei gegen gewaltbereite Personengruppen nach der Einsatzleitlinie „Beweissicherung und Freiheitsentziehung bei gewalttätigen Aktionen“.

Im Anschluss an die jeweilige Vorführung nutzten die Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und Fragen zu Ausrüstung und Taktik zu erörtern.

Nachdem gegen Mittag die Medienvertreter eintrafen, begann die gemeinsame Vollübung. Innerhalb der ehemaligen

Darlehen mit Lebensversicherung

Jetzt Träume erfüllen

Wer sein Leben aktiv gestaltet, hat Ziele und Wünsche: Das Studium der Kinder soll finanziert werden oder ein neues Auto. Beamte auf Lebenszeit erhalten besondere Darlehensbedingungen in Verbindung mit einer Lebensversicherung der Hamburg-Mannheimer: beispielsweise **z. Zt. 5,95% nominal und 6,53% effektiv bei 12 Jahren Laufzeit** (Stand: 11. 9. 2001). Getilgt wird am Schluss durch die Lebensversicherung. Übrigens: Auch zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen ist das Beamtendarlehen geeignet.

Fragen Sie unsere Experten auch nach den Darlehens-Konditionen für den öffentlichen Dienst sowie die Inanspruchnahme der Riester-Rente:

Filialdirektion Münster:
Ruf (02 51) 53 02 90
Fax (02 51) 5 30 29 19

Filialdirektion Köln:
Ruf (02 21) 5 72 03 10
Fax (02 21) 5 72 03 15

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.





... woraufhin der BGS und die Niederländer ihre Lagen bewältigten.



Wohnsiedlung der britischen Streitkräfte wurde das Aufeinandertreffen holländischer und deutscher Hooligans inszeniert. Übungsannahme: Diese hatten sich anlässlich eines Länderspiels im grenznahen Bereich zu einer Auseinandersetzung, abgesetzt vom eigentlichen Spielort, verabredet.

Aufgabe der Einsatzkräfte war es nun, durch einen gemeinsamen Kräfteinsatz die Hooligans beider Seiten zu trennen. Es wurden Kontrollstellen eingerichtet, Raumschutzmaßnahmen getroffen und Eingreifkräfte bereitgestellt. Unterstüt-

zungskräfte der verschiedenen Einheiten wurden mit drei Puma-Hubschraubern des BGS eingeflogen. Im Zusammenspiel wurde die Lage schließlich bewältigt. Die gegnerischen Fans wurden getrennt, gewalttätige Personengruppen eingeschlossen, Straßen geräumt und etliche Festnahmen durchgeführt.

Fazit

Für alle Beteiligten war es ein sehr interessanter und erlebnisreicher Tag. Sehr aufschlussreich war vor allem das Kennenlernen einer ganz anderen Taktik der holländischen Kollegen beim Vorgehen gegen gewaltbereite Gruppen und die wesentlich unterschiedliche Ausrüstung und Organisationsstruktur.

Sowohl die gemeinsame Vorbereitung als auch die Durchführung der Veranstaltung verliefen in einer sehr angenehmen und kollegialen Atmosphäre. Ein wichtiges Ergebnis der Übung ist, dass es zu persönlichen Begegnungen gekommen ist und man sich besser kennengelernt hat.

Die Medienresonanz in Bezug auf die Übung war überaus positiv. Neben Fernsehberichten auf Sat 1, RTL, WDR und ZDF erschienen auch ausführliche Berichte in regionalen und überregionalen Tageszeitungen.

Es bleibt aber auch festzustellen, dass im Bereich der gemeinsamen Führung und Übungsleitung, der Kommunikation, der Taktik und wegen der unterschiedlichen Rechtsvorschriften und Organisationsstrukturen noch reichlich Übungsbedarf besteht.

Deshalb ist es der einhellige Wunsch der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen, diese Art der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, nicht nur im Hinblick auf die WM 2006, zu intensivieren.

Klaus Thiesmann, PP Essen



Polizeistiftung NRW

Dass die Notwendigkeit der „Hilfe für die Helfer“ so aktuell gefordert sein würde, konnte niemand ahnen, als die Polizisten des Eishockeyteams „ICE-Bulls“ vom Polizeipräsidium Düsseldorf dem neugewählten Vorstand der Polizeistiftung NRW den Spendenscheck aus der Benefiz-Veranstaltung vom 6. 4. 2002 im Eisstadion „Brehmstraße“ überreichte. Der scheinbar harmlose Einsatz der Kollegen Höllige und Kraus vom 28. 7. 2002 in PP Bonn-Bad Godesberg zeigte wieder einmal die Gefährlichkeit des Polizeiberufes auf.

Der Vorsitzende der Polizeistiftung NRW, Herbert Uebler, dankte den Vorstandsmitgliedern des Eishockey-Teams ICE-Bulls für ihre wiederholte Unterstützung der Polizeistiftung. „Derartige Initiativen sind gelebte Solidarität, die heute nicht mehr selbstverständlich ist.“

Herbert Uebler

Foto v.l.: Mannschaftskapitän Ice-Bulls Holger Müller,
1. Vors. Manfred Woyke, stellv. Vors. Polizeistiftung
Diethelm Salomon, Vorsitzender Polizeistiftung Herbert Uebler,
Vorstandsmitglied IB Thorsten Gaue, 2. Vors. IB Walter Dergue,
Vorstandsmitglied IB Nicole Brenner, Klaus Grützemann
(Vorstand Polizeistiftung).

Deutschland erneut Polizei-Europameister im Fußball

Die Polizei Rotterdam-Rijnmond war Anfang Juni Ausrichter der Euro 2002, der 13. Europäischen Polizeimeisterschaft im Fußball, für die sich auch die deutsche Polizeiauswahl als Titelverteidiger qualifiziert hatte. Nach einem 1:1-Unentschieden im Eröffnungsspiel gegen Frankreich sowie 1:0-Siegen gegen Rumänien und Zypern in der Vorrunde konnte das Team das Endspiel erreichen. Im „Traumfinale“ gegen Ausrichter Niederlande im Excelsior-Stadion von Rotterdam gewann Deutschland mit 4:0 deutlich und überzeugend erneut den EPM-Titel. An der dritten Meisterschaft in Folge und am insgesamt neunten Titel maßgeblich beteiligt waren auch fünf Spieler aus Nordrhein-Westfalen, die im Bild stolz den Pokal präsentieren (v. l. n. r. Ingo Gebhard/LR Bergisch Gladbach, Marco Held/PP Wuppertal, Spielführer Jörg Silberbach/PP Bochum, Rainer Borgmeier/LR Gütersloh und Mirko Jerenko/PP Düsseldorf).

Rudolf Arndt

Herzlichen Glückwunsch auch von der „Streife“!



ALOE VERA – „die Königin der Heilpflanzen“

Beratung & Vertrieb

Kontakt über Kollege Manfred Goy

(0 22 36) 96 39 00

www.LR-Goy.de



Der gesunde Drink – reines **ALOE VERA GEL**



Fahndungserfolg im Kosovo

Einen spektakulären Fahndungserfolg feierten deutsche Kollegen der UNMIK Anfang Juli in Prizren (Kosovo). Sie nahmen einen flüchtigen Tatverdächtigen fest, der mit mehreren Komplizen ein Schweizer Ehepaar überfallen und dann auf brutale Art und Weise Bargeld von diesen geraubt hatte. Den nachfolgenden Bericht erhielt die „Streifen“ von einem an der Festnahme beteiligten Kollegen aus dem Kosovo.

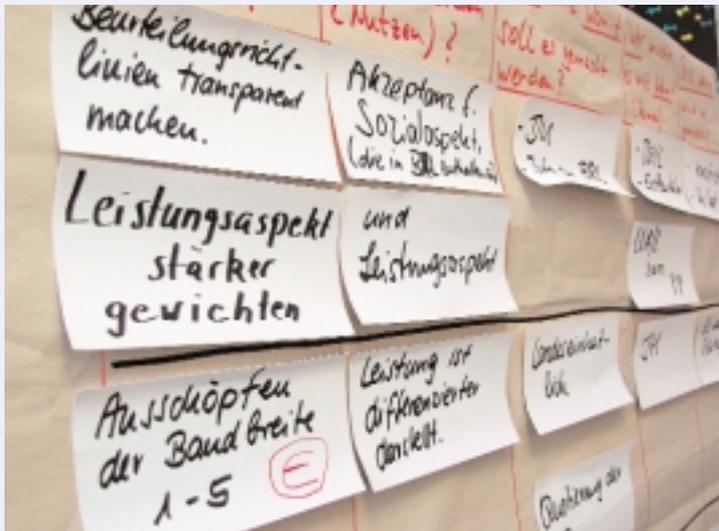
Zusammen mit zwei Kollegen sah ich am 5. 7. abends „Aktenzeichen XY–Ungelöst“. Die Fernsehfahrer berichteten u. a. auch über einen Fall aus dem Schweizer Kanton St. Gallen. Im Mai hatten drei maskierte Täter ein älteres Ehepaar im Schlaf überrascht und dann brutal 30 000 Franken geraubt. Ein Tatverdächtiger wurde unmittelbar nach dem Raub festgenommen, seinen Mittätern gelang die Flucht.

„XY“ fahndete in diesem Zusammenhang nach einem tatverdächtigen Staatsangehörigen aus Ex-Jugoslawien, der wahrscheinlich mit seinem roten Pkw Honda-Prelude mit Schweizer Zulassung geflohen war.

Wie es der Zufall nun wollte, sahen zwei BGS-Kollegen und ich am Montag Morgen auf dem Weg zum border headquarter einen roten Honda mit Schweizer Zulassung, der in Prizren abgeparkt stand. Obwohl die Fahndung im Hinterkopf, wollte keiner an einen derart großen Zufall glauben. Ein

Verbleiben vor Ort war nicht möglich, so dass wir erst in Pristina das Kennzeichen mit dem auf der Homepage von „XY-Ungelöst“ vergleichen konnten. Und tatsächlich, die Kennzeichen waren identisch. Nun musste alles sehr schnell gehen. Wir informierten das regional headquarter in Prizren und leiteten eine Fahndung ein. Leider hatte sich der Pkw bereits entfernt und die Fahndung musste ausgeweitet werden.

Dennoch gelang es einem BGS-Kollegen, den Pkw in der Nähe des alten Abstellortes zu lokalisieren. Ehe wir dann mit in die Observation einsteigen konnten, wurde der Honda von mehreren Personen bestiegen und in Richtung Prizren-Ortskern gesteuert. Da wir in unserem weißen UN-Fahrzeugen unterwegs waren, konnten wir dem Honda unbemerkt folgen. Zwischenzeitlich wurde ein bayrischer Kollege, der mit seinem rot-weißen Streifenwagen auf dem Weg zur Feldpost war, mit in die Observation eingebunden. Jetzt hatte der Honda-Fahrer aber gecheckt, dass er verfolgt wurde und so bog er in eine mit Schlaglöchern übersähte Straße ein. „Leider“ konnte er hier mit seinem tiefergelegten Fahrzeug nicht schnell genug fahren, weshalb er ausstieg und Fersengeld gab. Wir nahmen die Verfolgung zu Fuß auf und konnten ihn mit Hilfe eines zufällig vorbeikommenden Kollegen, der außer Dienst vom Einkauf kam, überwältigen und festnehmen. Erst auf der Dienststelle konnte seine Identität geklärt werden. Es handelte sich tatsächlich um den gesuchten Tatverdächtigen. Noch am selben Abend legte er im Beisein seines Anwaltes ein volles Geständnis ab und verriet sogar, dass die Tat von vier Tätern begangen worden war, und nicht, wie von den Schweizer Kollegen angenommen, von dreien. Die „Streifen“ gratuliert zu diesem Fahndungserfolg.



Die Ergebnisse der Befragung zeigten einen klaren und deutlichen Veränderungswunsch.

Fotos: Jan Potente

Mitarbeiterbefragung

Mitarbeiterbefragung 2001 – es tut sich was:

Umsetzung der Ergebnisse in der KPB Gelsenkirchen

Das Polizeipräsidium Gelsenkirchen hat im Juli/August 2001 als eine der ersten Polizeibehörden die landeseinheitliche Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Möglichst früh zu starten, war unserer Behördenleitung wichtig: Die hohe Bedeutung des Organisationsziels „Mitarbeiterzufriedenheit“ sollte für alle spürbar und deutlich werden. Dabei war von vornherein klar, dass das in erster Linie die Bereitschaft umfasst, möglichst zeitnah Konsequenzen aus der Befragung zu ziehen.

Die Ergebnisse sind im Januar 2002 etwa 200 Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Führungskräften unserer Behörde vorgestellt worden. Das Beratungsteam „Steuerung und Führung“ war ebenfalls vertreten. Es hatte uns bei der Vorbereitung und Durchführung unterstützt. Den

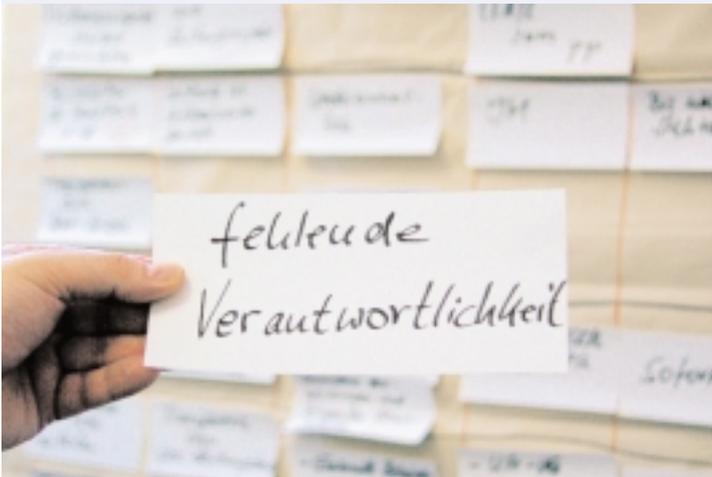


Abb. 1



Abb. 2





In Workshops wurden die Ergebnisse diskutiert und handhabbare Aktionspläne erstellt.

Polizeipräsidium

Hauptteil der Veranstaltung bestritten die Wissenschaftler/innen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, sie werteten die Fragebögen statistisch aus, und der Firma context, die die Daten organisationspsychologisch bewerteten. Sie erläuterten den Ergebnisbericht für die Behörde und die Befragungsgruppenberichte. Die Firma context informierte auch über den Nutzen von 20 zusätzlichen Handlungsempfehlungen. Sie enthalten Angebote an die Führungskräfte, wie sie die Ergebnisse gemeinsam mit ihren Beschäftigten bearbeiten und umsetzen können.

Überraschend war für viele, wie klar und deutlich die Ergebnisse Veränderungsbedarf aufzeigen.

Jetzt erwarten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkrete Arbeitsschritte, an denen sie mitwirken. In einem strukturierten „Führungs- und Mitarbeiterdialog“ werden alle in Betracht kommenden Kommunikationsebenen beteiligt:

- Entscheiderkreis, das ist die „erweiterte Behördenleitung“ mit Personalrat und Gleichstellungsbeauftragter.

- Führungskreise bestehend aus den Leiterinnen bzw. Leitern der Unterabteilungen und Dienststellen.
- Befragungsgruppen, die Vorgesetzten mit ihren unmittelbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Koordinierungsgruppe Mitarbeiterbefragung

Die Maßnahmen zur Verbesserung müssen mit der Vielzahl von Personen und Stellen geprüft, geplant und umgesetzt werden. Und natürlich sollen die Beschäftigten jeweils über die Abläufe und Ergebnisse informiert werden. Deshalb haben wir die Kommunikationswege, Steuerungs- und Führungsprozesse strukturiert. Übrigens: Der Einführungsprozess spricht in diesem Zusammenhang von einer „bedeutenden Führungsaufgabe“ für alle Vorgesetzten!

Damit diese weiteren Schritte und die Ergebnisse auch tatsächlich umgesetzt werden, wie wir uns das versprochen haben, hat unser Behördenleiter eine Koor-

dinierungsgruppe Mitarbeiterbefragung eingerichtet. Sie hat in diesem Prozess die folgenden Aufgaben:

- Begleiten/Koordinieren von Rückmelde-Workshops: in ihnen diskutieren die oben genannten Kommunikationsebenen die Ergebnisse und erstellen handhabbare Aktionspläne.
- Aktuelle Information der Mitarbeiter/innen und Informationstransfer zwischen den beteiligten Gruppen.
- Vorbereiten und Herbeiführen von Entscheidungen der Behördenleitung.
- Dokumentation und Controlling der Erfolge und Prozessfortschritte.
- Erstellung eines Zwischenberichtes aus dem sich das bis dahin Geleistete ergibt.

Rückmelde-Workshop – Der Weg zum Ziel

Wir wissen nach der Mitarbeiterbefragung, dass sich die Mitarbeiter/innen u. a. wünschen, schneller und bedarfsge-rechter Informationen zu erhalten, dass



Gesprächsbereitschaft und die ernsthafte Auseinandersetzung mit Konflikten prägten die Workshops.

Gelsenkirchen



übergreifende Informationen weitergegeben und sie stärker in Entscheidungen einbezogen werden. Gesprächsbereitschaft, Auseinandersetzung mit Konflikten gehörten ebenfalls dazu. In Rückmelde-Workshops haben wir den Übergang von der Befragung zur Aktion strukturiert. Dazu gehörte es auch, klare Ziele, Prioritäten und eine zügige Umsetzung von Maßnahmen festzulegen. Sie waren zudem das Forum zu einem offenen, wertschätzenden Dialog und führten zu einer erfolgreichen Beteiligung der Mitarbeiter/innen.

Solche Workshops durchzuführen und die Art und Weise der Gestaltung, ist eine Handlungsempfehlung der Firma context. Sie hat die Ziele dieser Gespräche so beschrieben:

- Rückmeldung und Diskussion der Ergebnisse, um zu konkreten Handlungsansätzen zu kommen.
- Klärung der Interpretation durch die Mitarbeiter/innen. Was genau meinen sie?
- Ableiten von Veränderungsmaßnahmen.
- Schaffen von Verbindlichkeit im weiteren Vorgehen.

- Festlegen der nächsten Schritte. Ein wesentlicher Faktor für das Gelingen der Workshops ist, dass die Vorgesetzten Methoden sicher anwenden können. Um sie dabei zu unterstützen, hat unsere Behörde 13 Moderatoren/innen durch Trainer des Polizeifortbildungsinstituts Carl Severing Münster darauf vorbereiten lassen. Die Moderatorin/der Moderator
 - ...unterstützt die Befragungsgruppe bei der Ergebnisfindung;
 - ...stellt sich in den Dienst der Befragungsgruppe und erwartet im Gegenzug dafür Akzeptanz für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit;
 - ...geht strukturiert vor, beachtet dabei die Zeitvorgaben und entscheidet über die Methode;
 - ...erwartet eine durch ihren bzw. ihre Leiter/in umfassend informierte Befragungsgruppe;
 - ...erwartet einen fairen Umgang mit offener und konstruktiver Kritik. Seine/Ihre Verschwiegenheit ist garantiert;
 - ...hält Distanz zu geäußerten Problemen und macht sie sich nicht zu eigen;

- ...berät im Konfliktfall nur über das weitere Vorgehen. Von den Leiterinnen/Leitern der Befragungsgruppen wurde erwartet, dass sie ihre Mitarbeiter/innen über die Ziele der Workshops, die Moderatorenrolle, die übergreifenden Themen (ergeben sich aus dem Behördenbericht bzw. aus den Unterabteilungsberichten) informieren, die Ergebnisse der eigenen Gruppe darstellen und mit den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen diskutieren. Ziel war es, eine Liste mit bearbeitungswürdigen Themen zu erstellen. Der Ablauf sah die folgenden Schritte vor: die Themen durch die Mitarbeiter/innen gewichten zu lassen (Punktabfrage), die wesentlichen Problemursachen themenbezogen zu ermitteln (Metaplan) und Lösungsansätze (Aktionsplan) zu erarbeiten. Über das Konzept wurden die Befragungsgruppenleiter/innen in zwei Veranstaltungen informiert. Die Workshop-Ergebnisse wurden in „Aktionsplänen“ dokumentiert (Abb. 1). Die Mitwirkung der Moderatoren/innen hat sich sehr bewährt. Die Rückmeldun-





Die Vielfalt der Details wurde diskutiert...



...und die Ergebnisse strukturiert.

steuerung und führung.polizei.nrw

gen der Mitarbeiter/innen waren insgesamt positiv. Allerdings kamen die meisten Gruppen mit den prognostizierten vier Stunden im ersten Workshop nicht aus, was im Wesentlichen der notwendigen Informationsphase zu Beginn der Veranstaltungen zuzuschreiben war.

Workshops des Entscheiderkreises und der Führungskreise

Vor den Workshops der Befragungsgruppen hat eine vergleichbare Veranstaltung mit dem Polizeipräsidenten, den Abteilungs- und Unterabteilungsleitern, den Dezernenten h.D. sowie beratend der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalratsvorsitzenden stattgefunden. Das Beratungsteam „Steuerung und Führung“ hat uns dabei unterstützt, auf Basis des Behördenberichtes eine gewichtete Themenliste (Abb. 2) zu erstellen, die zu konkreten Aktionsplänen weiterentwickelt wird. Zu diesen „An-

packern“ formulierten die Teilnehmer/innen Ziele, Aktionen/Maßnahmen und ihren Informationsbedarf.

Im nächsten Schritt setzten sich die Führungskreise der Unterabteilungen mit ihren Ergebnissen auseinander. Zu den von den Führungskräften als wichtig bewerteten Themen erstellten sie konkrete Aktionspläne, die mit den eigenen Möglichkeiten zeitnah und für die Mitarbeiter/innen unmittelbar erlebbar umgesetzt wurden. Überhangthemen, das sind solche, die nicht auf Unterabteilungsebene umgesetzt werden konnten, wurden über die Koordinierungsgruppe an den Entscheiderkreis weitergeleitet.

Vorläufiges Fazit

Die Rückmelde-Workshops in den Befragungsgruppen stehen nach etwa drei Monaten unmittelbar vor dem Abschluss. Entscheidungen über den Veränderungsbedarf und die behördenweite Umsetzung konkreter Aktionen stehen kurz bevor.

Die Behördenleitung ist zuversichtlich, dass sich die Investitionen lohnen und zur Verbesserung der Arbeits- und Organisationszufriedenheit der Mitarbeiter/innen führen. Ob das Ziel erreicht worden ist, wollen wir unter anderem mit einer Folgebefragung feststellen.

Kontaktadressen

Manfred Moerkerk
 PP Krefeld (vormals PP Gelsenkirchen)
 Leiter PI Süd
 Hansastr. 25, 47799 Krefeld
 Tel: 021 51-634-55 00
 CN-Pol: 07-249-5500

Klaus Bertsch
 PP Gelsenkirchen
 Leiter UA/BP/PSD
 Manfredstr. 3, 45877 Gelsenkirchen
 Tel: 0209-3 65-36 00
 CN-Pol: 07-643-3600

Vereidigungsfeier in Brühl



*Im Juli wurden im Polizeiausbildungs-
institut Brühl 185 Kommissaranwärte-
rinnen und Kommissaranwärter (von
den Fachhochschulen Köln und Duis-
burg) sowie 65 Polizeimeisteranwärte-
rinnen und Polizeimeisteranwärter
(vom PAI Brühl) auf die Verfassung des
Landes Nordrhein-Westfalen vereidigt.
Die Begrüßung der zahlreichen Eh-
rengäste, der jungen Kolleginnen und
Kollegen sowie deren Angehörigen er-
folgte durch den Leiter des Instituts,
Polizeidirektor Norbert Sanders.*

Neben den Ehrengästen aus den umlie-
genden Behörden und Einrichtungen wur-
den aus dem Innenministerium auch der
Leiter der Polizeiabteilung, Ministerialdi-
rigent Norbert Salmon, und der Inspek-
teur der Polizei, Dieter Wehe, begrüßt.

Die Festansprache hielt Innenminister
Dr. Fritz Behrens, zur Vereidigung sprach
Dekan Monsignore Ferdi Vater.

Minister Behrens hob die besondere Be-
deutung des Dienstes hervor, mit dem
die Polizeibeamtinnen und Polizeibeam-
ten einerseits eine feste Bindung an den
Dienstherrn eingehen und zugleich eine
besondere Verpflichtung und Verantwor-
tung gegenüber der Verfassung und den
Bürgern übernehmen, andererseits sich
der Dienstherr aufgrund der Bereitschaft
zu dieser Bindung verpflichtet, den Be-
amten Rückhalt zu geben, wo immer dies
nötig und möglich ist.

Im weiteren Verlauf der Rede ging der Mi-
nister auf die besonderen Anforderungen
zur Gewährleistung der Inneren Sicher-
heit in der Zeit der globalen Vernetzung
von Terror und Kriminalität ein und stell-

te fest, dass diese Aufgabe einen sehr
hohen persönlichen Einsatz erfordert. Es
sei aber auch ein Beruf, der sehr viel
zurückgebe. Der Dienstherr wird seine
Beamtinnen und Beamten bei ihrem ge-
fährlichen Dienst nicht allein lassen und
alles für ihren Schutz tun. Trotz schwie-
rigster Haushaltslage wird nicht an der
Sicherheit der Polizistinnen und Polizis-
ten gespart. Dazu wurden als einer der
Schwerpunkte die Aus- und Fortbildungs-
konzepte der Eigensicherung ständig ak-
tualisiert und notwendige technische
Schutzausrüstungen beschafft und ver-
bessert.

Die anschließende feierliche Vereidigung
wurde durch den Ersten Polizeihaupt-
kommissar Franz Over durchgeführt.

Gerda Tomaszewski, PAD Selm

Bismarckstr.40, 41061 Mönchengladbach Tel./Fax: 02161-809650 e-mail: cop.MG@T-Online.de		 Ausrüstung, Schutzwesten und Bekleidung für Polizei, Militär und Sicherheitsdienste		 Rathausstr.2, 52525 Heinsberg Tel./Fax: 02452-2600 e-mail: Waffen-Esser@web.de	
Leatherman Tool PST II  Art.-Nr.: 300 106 mit braunem Lederhohler 300 107 mit schwarzem Comforthohler > mit Schere, stainless Gewicht: 142 g, Maße: 10 cm geschlossen, 16 cm geöffnet Sonderpreis: 69,90 €	Basecap „POLIZEI“  Art.-Nr.: 32C 901 Hochwertiges, schwarzes Cap mit Metallverschluss und silberweißem Stöck POLIZEI Nachweis der Polizeizugehörigkeit zwingend erforderlich Sonderpreis: 7,90 €	COP Standard T-Shirt POLIZEI  Art.-Nr.: 32TS (schwarz) 32TG (grün) 100 % Baumwolle, 1a Qualität grün oder schwarz, mit weißem Aufdruck „POLIZEI“ kleiner Druck vorne, großer Druck hinten + Kopie des Dienstausweises mitbringen + Größen S - XXL Sonderpreis: 7,50 €	COP Polizeiausrüstungstasche  Unser Dauerbrenner in zwei Größen – qualitativ weiter verbessert, abschließbarer Reißverschluss, stabile Kambiner, Befestigungsmöglichkeit für verschiedene Aufschriften ist vorbereitet. Die Lieferang erfolgt ohne Aufschrift Art. Nr. 903 BAG Innenmaße: 47 x 31 x 20 cm Sonderpreis: 55,90 € „Mid“ - Art.Nr. 904 BAG Innenmaße: 35 x 31 x 20 cm Sonderpreis: 49,90 €	MAGNUM Defender LO Leder/Nylon  Art.Nr.: 8756 Demo-Halbschuh mit Obermaterial aus Glatleder mit Nyloneinsätzen auswechselbare Innensohle, TEXON-Zwischensohle mit Leichtstahlplatte, abriebfeste Außensohle, Feuerschutzelement Farbe: schwarz Größen: 37 - 48 Sonderpreis: 45,90 €	MAGNUM Einsatzstiefel  Art. Nr. 8750 Idealer Sommerstiefel!!! Obermaterial: Leder/1150 Nylon, auswechselb. Innensohle, TEXON- Zwischensohle mit Leicht- stahlplatte, abriebfeste Außen- sohle, CAMBRELLÉ-Futter Farbe: schwarz Größen: 35 - 48 Sonderpreis: 69,90 €

Führungswechsel beim PP Bonn

– Wolfgang Albers tritt Nachfolge von
Dierk H. Schnitzler an

Am 30. Juni 2002, endete exakt um 00.00 Uhr, die Dienstzeit von Dierk H. Schnitzler nach zuletzt neunjähriger Amtszeit als Bonner Polizeipräsident. Innenminister Dr. Fritz Behrens überreichte ihm am 1. Juli 2002 im Rahmen eines Festaktes im Bonner Hotel Maritim vor mehr als 350 Gästen die Ruhestandsurkunde und ernannte gleichzeitig Wolfgang Albers, den bisherigen Leiter der Kommunalabteilung bei der Düsseldorfer Bezirksregierung, zum neuen Polizeipräsidenten für die Bundesstadt.



den Staatsbesuche, hochkarätige internationale Konferenzen und die unzähligen Demonstrationen, die zum Teil mehrere hunderttausend Menschen auf die Bonner Straßen brachten, sondern auch die „Nebenwirkungen“ des Regierungsumzugs nach Berlin und des Verlustes der Hauptstadtfunktion. Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin 1999 und dem damit verbundenen Wegzug vieler Diplomaten kamen nicht nur auf die Stadt Bonn, sondern auch auf die Bonner Polizei große Veränderungen zu. Auch Dierk H. Schnitzler musste sich als Behördenleiter neuen Herausforderungen stellen, umriss Minister Fritz Behrens bei seiner Rede im Maritim die besondere Funktion Schnitzlers zu Zeiten Bonns als Bundeshauptstadt und für die Zeit nach dem Umzug der Regierung. Ganze Aufgaben-

Dierk H. Schnitzler begrüßt
Minister Behrens und Wolfgang Albers.

Foto: Polizei Bonn

bereiche fielen weg oder veränderten sich: Neben der Zahl der Schutzobjekte verringerte sich die Zahl der in Bonn zu betreuenden Staats- und Regierungsbesuche sowie die Zahl der Demonstrationen. Das hatte letztlich einen drastischen Personalabbau in der Behörde zur Folge. Waren es 1993 noch über 2 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zählte die Behörde am letzten Dienstag von Dierk H. Schnitzler nur noch gut 1 500 Bedienstete. Zu seinen größten Verdiensten zählt

dabei, dass er mit Weitsicht und Augenmaß diesen für die Behörde sehr einschneidenden Prozess geleitet hat und dabei das Wohl der Bediensteten ständig fest im Auge behielt.

Diese im Verlauf der vergangenen Jahre stark veränderte Polizeibehörde übernahm nun Wolfgang Albers, der am 12. 12. 1955 in München geboren, nach Kindheit und Schulzeit in Norddeutschland und Meerbusch und Abitur, das er 1977 in Düsseldorf ablegte, Rechtswissenschaften an der Universität Bonn studierte. Nach der zweiten juristischen Staatsprüfung trat er 1988 in den Landesdienst bei der Bezirksregierung Köln, von wo er bereits nach kurzer Zeit ins Innenministerium von Nordrhein-Westfalen abgeordnet wurde. 1990 leitete er dann vertretungsweise das Polizeipräsidium Leverkusen und wurde danach an das Innenministerium Brandenburg abgeordnet. 1991 wechselte Wolfgang Albers schließlich in das Ministerbüro von Dr. Herbert Schnoor. 1997 wurde er persönlicher Referent des damaligen Innenministers Franz-Josef Kniola und kurze Zeit später Abteilungsleiter in der Bezirksregierung Düsseldorf. Innenminister Dr. Fritz Behrens unterstrich in seiner Rede die Bedeutung des Polizeipräsidiums in Bonn, das immer noch Sitz zahlreicher Ministerien, diplomatischer Vertretungen und internationaler Organisationen ist. Für dieses Amt sei Albers „mit seinen vielfältigen Erfahrungen in Führungspositionen bestens vorbereitet“ unterstrich der Minister.

Markus Tölle, PP Bonn

In Dierk H. Schnitzlers Amtszeit fielen nicht nur die ganz großen polizeilichen Herausforderungen einer Bundeshauptstadtpolizei, wie die vielen herausragen-



Wechsel an der Spitze der Polizei-Führungsakademie

– Innenminister Dr. Fritz Behrens

verabschiedete Prof. Dr. Rainer Schulte

Als Prof. Dr. Rainer Schulte (64), Präsident der Polizei-Führungsakademie (PFA), mit Ablauf des Monats Juni 2002 in den Ruhestand trat, war er mehr als 12 Jahre für die zentrale und damit einzige Bildungseinrichtung für die Top-Führungsebene der Deutschen Polizeien (16 Länder, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt (BKA) und die Polizei des Deutschen Bundestages) verantwortlich. Schulte hatte das Amt des Präsidenten der PFA von seinem Vorgänger, Konrad Peitz, im April 1990 übernommen.

In seiner Amtszeit wurden mehr als 2 000 Nachwuchsführungskräfte sowie 25 000 Führungskräfte des In- und Auslandes in über 600 mehrtägigen Seminaren und Tagungen aus- und weitergebildet. Nach der Wiedervereinigung hatte Schulte sein Augenmerk auf die Integration der ehemaligen Volkspolizei und, damit einhergehend, die Förderung der Kontakte zu und den Bildungsaustausch mit den Staaten Mittel- und vor allem Osteuropas ge-

legt. In der polizeilichen Bildungsarbeit ist die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile die Brücke zu den Staaten Osteuropas. Das Bildungsangebot der PFA wurde ständig optimiert, auf eine zukunftsorientiert, professionell arbeitende Polizei ausgerichtet und den Herausforderungen der Polizeiarbeit im 21. Jahrhundert angepasst. Schulte hatte sich in seiner Amtszeit immer wieder für eine Europäische Bildungseinrichtung der Polizeien stark gemacht, die mit der Errichtung der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) zum 1. Januar 2001 realisiert worden ist. Die von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) beschlossene Umwandlung der PFA in die „Deutsche Hochschule der Polizei“, die in den kommenden Jahren realisiert werden wird, ist vor allem auf die Bemühungen Schultes zurückzuführen.

Nachfolger ist Klaus Neidhardt (49), ehemaliger Abteilungsleiter Polizeilicher Staatsschutz im BKA. Der Diplom-Sozialwissenschaftler Neidhardt ist bei der

Prof.
Dr. Schulte,
Minister
Behrens,
Klaus
Neidhardt
Foto:
Jochen Tack



Polizei-Führungsakademie kein unbekanntes „Gesicht“. 1981 trat er bei der PFA in Münster-Hiltrup für das BKA in die Ausbildung zum höheren Kriminaldiener ein. Verschiedene Stationen im BKA führten ihn im Frühjahr 1996 zurück nach Münster-Hiltrup, wo er bis zum Sommer 1999 zuletzt die Funktion des stellvertretenden Fachbereichsleiters im größten der drei Fachbereiche „Polizeiliches Management“ innehatte. Eine Schlüssel-funktion kam Neidhardt nach den Geschehnissen am „11. September“ zu. Er war maßgeblich an der Koordinierung der bundesdeutschen Ermittlungen beteiligt.

Norbert Reckers, PFA MS

Darlehen supergünstig Festzins ab ^{*1)} 4,7% effektiver Jahreszins Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter

Beamendarlehen supergünstig, z. B. B.a.L. od. DO-Angest., 35 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30000,- €, mtl. *315,- €, bei 60000,- €, *630,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,45%, effektiver Jahreszins ab 6,25%, b. 12 Jahre, Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen Festzins bei 8 Jahre ab 4,7% effektiver Jahreszins mit neuem Bausparvertrag, Supergünstige Annuitätendarlehen, Beleihung bis 100% plus EHZ, Schulafreie Eurokredite bis 100000,- € mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/ö.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung, Beamtenkredite und mehr – testen auch Sie unsere Leistungsfähigkeit.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. **Mein Wunsch:** _____ €
Name: _____ **keinerlei Vermittlungskosten**
Straße: _____ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**
Ort: _____ **Internet: www.ak-finanz.de**

Info und Sofortangebote
unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefon: (06 21) 51 10 31, Telefax: (06 21) 51 94 88.
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Berichtswesen – vom „BiBer“ zum Landessystem...

Das Innenministerium hat im Juni 2002 das Projekt Führungs- und Informationssystem der Polizei NRW bei den Zentralen Polizeitechnischen Diensten eingerichtet. Zu den Zielen und der Planung „auf dem Weg vom ‚BiBer‘ (Bielefelder Berichtswesen)‘ zum Landessystem“ hat Andreas Schramm den Projektleiter, LPD Uwe-Ulrich Gebranzig, für die „Streifen“ interviewt.

Herr Gebranzig, wird es jetzt sehr technisch? Was reizt Sie an dem Projekt?

Das ist das erste Mal in meinem Werdegang, dass ich mich tiefgehend mit „IT-Fragen“ befasse. Deshalb fällt es mir hoffentlich nicht so schwer, mich (zurzeit noch) weniger technisch auszudrücken und das für mich Reizvolle an der für mich neuen Aufgabe zu beschreiben. Die Kolleginnen und Kollegen fragen danach, wann es eine einheitliche, technische Unterstützung beim Controlling gibt oder wie ihr Aufwand bei der Erfassung von Kennzahlen per Hand vermindert werden kann. Die Liste der Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Ich schließe daraus: Sie wollen entlastet, technisch unterstützt werden und die versprochenen Wirkungen eines Berichtswesens in der Praxis erleben.

Deshalb finde ich es reizvoll, an Verbesserungen mitzuwirken, die sich die Kolleginnen und Kollegen vor Ort wünschen und das Verständnis zu vermitteln: Das macht wirklich Sinn!

Ich finde es richtig, dass das Berichtswesen und ein landeseinheitliches System

dazu nun entwickelt werden, weil der Bedarf dringend ist: Viele Behörden und Einrichtungen haben in den letzten Jahren mit Aufwand und Energie eigene Anwendungen entwickelt und tun es noch. Anstrengungen, die sich nach der Einführung von FIS nicht in Gänze rentieren. Die Anwendungen sind für den örtlichen Bedarf geschaffen worden und haben sich vielfach bewährt. Sie sind aber größtenteils für ein Landessystem (Verbundverfahren) nicht geeignet. Sie liefern auch noch keine einheitlichen, verlässlichen Daten.

Was ist FISPol NRW?

Die Abkürzung steht für Führungs- und Informationssystem der Polizei NRW. Es soll Organisationseinheiten, Führungsebenen und Aufsichtsbehörden die für die Steuerung notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Dabei sollen der Erfassungsaufwand möglichst gering sein, die Berichte den Bedürfnissen der Empfänger entsprechen und der Aufwand zur Betreuung der Anwendung vor Ort gering sein.

Wirklich nur ganz kurz zur Technik: Die Planung basiert auf einer zentralen Datenbank bei den Zentralen Polizeitechnischen Diensten. Dabei wird die gleiche Technologie genutzt wie schon für die Kosten- und Leistungsrechnung. Dadurch wird das Polizeinetz (CN-Pol) nur wenig belastet. Das sorgt für kurze Zugriffszeiten für die Anwenderinnen und Anwender. Die Zentralen Polizeitechnischen Dienste übernehmen die spätere Pflege und Weiterentwicklung des Systems.

Welche Funktion hat FIS?

Wir werden und müssen die Erledigung unserer polizeilichen Aufgaben ergebnisorientiert steuern. Also: Zuerst die Ergebnisse oder Wirkungen vor allem für die Bürgerinnen und Bürger festlegen und dann planen, was wir dazu tun bzw. einsetzen müssen. Eine für die Polizei NRW geeignete Anwendung, um die dafür notwendigen Informationen zu erheben und zu verarbeiten, besteht ja bisher nicht. FIS soll diese Lücke schließen und nicht erfasste sowie Daten aus bestehenden Systemen zusammenführen, zum Beispiel aus der Kosten- und Leistungsrechnung, dem Dezentralen Schichtdienstmanagement, der Polizeilichen Kriminalstatistik. Die Informationen stehen in FIS dann als Kennzahlen zur Verfügung.

In welchen Zeitschritten geht Ihre Projektgruppe vor?

Im ersten Quartal 2003 wollen wir mit der Anwendung die Produktgerippe landesweit bereitstellen und Produktbeschreibungen vor Ort darin ermöglichen. Alle Behörden und Einrichtungen können dann ihre Produkte in FIS beschreiben. Ab Anfang 2003 entwickeln wir das Berichtswesen und verknüpfen es in einem ersten Schritt mit den Produktgerippen. Nach dem Test in einem Regierungsbezirk entscheidet das Innenministerium über die Einführung. Ich hoffe, dass wir das bis Ende 2003 erreichen. Zum Schluss und vor der Übergabe der Anwendung an die Zentralen Polizeitechnischen Dienste soll das Berichtswesen

um den Informations- und Berichtsbedarf ergänzt werden, der sich noch nicht aus den Produkten ergibt. Dabei prüfen wir, welche weiteren Schnittstellen zu FIS geschaffen werden können. Das Projekt soll Ende Mai 2004 abgeschlossen sein.

Können die in den Produktbeschreibungen vorhandenen Kennzahlen direkt im Berichtswesen genutzt werden?

Ja, das ist einer der Hauptzwecke von FIS. Die Empfängerinnen und Empfänger der Berichte legen fest, welche Kennzahlen sie aus den Produktbeschreibungen wann benötigen. Diese werden künftig im gleichen System in die Berichte übernommen.

Benötigen die Behörden und Einrichtungen dann noch eigene Lösungen? Kann FIS an ihre Besonderheiten angepasst werden?

Auf eigene Lösungen kann verzichtet werden, sobald FIS landesweit eingeführt ist. Die Anwendung bietet die Möglichkeit, die für die Behörden/Einrichtungen notwendigen Informationen abzubilden. Sie können „individuelle“ Berichte je nach ihrem inhaltlichen Bedarf fertigen, z.B. für die Leiter einer Behörde oder Dienstgruppe. Man kann Standards nutzen oder sich die Mühe machen und die Layouts anpassen: also je nachdem, ob man Torten- oder Balkendiagramme besser findet.

Die Anwenderinnen und Anwender treffen dabei auf MS-Office-Produkte wie Word oder Excel, die vielen bekannt sind. Diejenigen, die z.B. in Stabs- und Führungsstellen an Controllingaufgaben arbeiten, werden intensiv eingewiesen.

Für die „Streifen“ hat Andreas Schramm den Projektleiter FISPol NRW, LPD Uwe-Ulrich Gebranzig, interviewt.
Foto: PG FISPol NRW



Wer soll FIS bedienen, z. B. Daten eingeben? Haben die Kolleginnen und Kollegen dann Mehraufwand?

FIS wird seine Daten überwiegend aus bestehenden Systemen beziehen. Daher können zusätzliche Eingaben auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Es soll vermieden werden, dass beispielsweise Informationen zuerst im Wachdienst in Listen erfasst und später durch Führungsstellen in das System eingegeben werden müssen. Schon allein das mindert den Aufwand, weil zusätzliche Übertragungen entfallen.

Wir sehen also vor, dass Daten durch Basis-Organisationseinheiten eingegeben werden können. Zum Beispiel auch, wenn Daten nicht in anderen Systemen verfügbar sind. Das ist oft der Fall, wenn zusätzliche, selbst gewählte Kennzahlen in die Produktbeschreibungen aufgenommen werden. Selbst wenn diese Möglichkeit besteht: Man kann immer wieder nur warnen, damit zurückhaltend zu sein und im Auge zu behalten, welchen Erfassungsaufwand das für die Kolleginnen und Kollegen mit sich bringt.

Was wünschen Sie sich für die weitere Projektarbeit?

Besonders am Herzen liegt mir, dass wir die Erwartungen an die Ergebnisse erfüllen. Also dazu beitragen, Vorbehalte abzubauen, Verbesserungen zu erreichen, besonders was den Erfassungsaufwand angeht. Ich wünsche mir auch, dass die Behörden und Einrichtungen, die selbst Anwendungen entwickelt haben, mit FIS zufrieden sein werden. Und ich hoffe auf etwas Nachsicht, wenn wir bei dem, was

wir da vor uns haben, vielleicht nicht ganz so schnell sind wie es der Zeitplan vorsieht.

Danke für das Interview und Ihnen und Ihren Kollegen viel Erfolg!

So können Sie das Projekt erreichen:
Tel.: (05 21) 5 45 51 51
Telefax: (05 21) 5 45 51 59,
E-Mail: fispolnrw@fc.polizei.nrw.de

Postanschrift:
Polizeipräsidium Bielefeld
PG FISPol NRW
Postfach 100367
33503 Bielefeld

Einladung

50 + 1
Bereitschaftspolizei
in Nordrhein-Westfalen

Sonntag, 15.9.2002, ab 11.00 Uhr
Wuppertal-Barmen (Lichtscheid)
Sporthalle der Bereitschaftspolizei

Polizei
NRW.

Neue Rheinstreifenboote für WSP



Innenminister Dr. Behrens übergab der Wasserschutzpolizei in Emmerich zwei neue Rheinstreifenboote.

Anfang Juli taufte der Innenminister in Emmerich die neuen Rheinstreifenboote „WSP 6“ (Köln) und „WSP 7“ (Emmerich). Zahlreiche Gäste waren der Einladung der WSP nach Emmerich gefolgt. Viele brachten sogar ihre Boote mit und so boten die Wasserfahrzeuge der niederländischen Polizei, der Kirche, der Feuerwehr und ein Boot des Wasser- und Schifffahrtsamtes einen festlichen Rahmen für die Täuflinge. Behrens betonte in seiner Rede, dass die Polizei zur sachgerechten Aufgabenerfüllung moderne Einsatzmittel benötige. „Wir haben daher trotz knapper Haushaltsmittel in den vergangenen Jahren über 7 Millionen Euro in die Modernisierung der Rheinflotte investiert und stellen heute Bootsneubau Nr. 10 und 11 in Dienst.“

Im nächsten Jahr wird das Bauprogramm mit einem weiteren Boot abgeschlossen. Die Wasserschutzpolizei verfügt dann über 12 modernste Rheinstreifenboote und ist damit für die Zukunft bestens gerüstet.

Die neuen, je knapp 750 000 € teuren, 17,50 m langen Boote mit zwei je 500 PS starken Dieselmotoren erfüllen modernste Arbeitsschutzbestimmungen. Sie sind knapp 50 km/h schnell und bieten unter anderem mit Einmannfahrstand, Tageslichtradar, Explosionsschutz und PC-Ausstattung den neuesten Stand der Technik. Der Minister überzeugte sich nach der Taufe persönlich von der Leistungs-



Übergabe der zwei neuen Rheinstreifenboote WSP 6 und 7 in Emmerich.
Fotos: Jochen Tack



fähigkeit der Boote und fuhr mit „WSP 7“ an der Spitze eines kleinen Bootskorso auf den Rhein. Obwohl er, so der Minister, „nur über Erfahrungen mit dem Tretboot auf dem Schwarzen Meer verfüge“, ließ ihn Bootsführer Hermann-Josef Tebaay auf den Steuerstuhl. Er machte seine Sache gut, und so folgte das Angebot der Besatzung: „Wenn Sie mal nicht mehr Innenminister sind...“

Nach dem offiziellen Teil blieben noch viele der über 100 Gäste zum gemütlichen Teil im Hof der Dienststelle. Auffällig die starke niederländische Delegation um die Chefin der „Politie te water“, Monique Smeijers. Die gute deutsch/niederländische Zusammenarbeit – es gibt beispielsweise gemeinsame Bootsstreifen, Dienstunterrichte und Infoschriften für Wassersportler – ließ sich bei Heringsstipp und Bratkartoffeln sowie reichlich kalten Getränken ausgezeichnet vertiefen.

Ramon van der Maat, WSP

Ohne Probleme wurde WSP 6 getauft.

TERMINE

Lehrgangstreffen

Zum 40-jährigen Jubiläum treffen sich die Kollegen der Grundlehrgänge X + XI/62 am 7./8. 11. 2002 beim PAI Brühl. Zur Erinnerung: Leiter der 2. Lehrgruppe war PHK Schmittmann, Spieß POM „Ede“ Bücken, Außendienstmeister POM Theo Wältermann. Eintritt war der 2. 11. 1962 bei der LPS „CS“ in Münster; im April 1963 wurde die 2. LG aufgelöst und auf die 3. und 4. LG aufgeteilt. Am Wiedersehen interessierte Kollegen melden sich bitte bei: Ulrich Schmerbach –

022 41/38 51 90, Klaus Bümmerstede – 022 41/31 35 44 oder Werner Bein – 02 91/90 20-12 40 bzw. 029 03/67 02.

Kradgruppe feiert 15-jähriges Bestehen

Dazu lädt die Kradgruppe der Kölner PI 1 alle ehemaligen Mitglieder und deren Angehörige zu einer Megaparty nach Köln ein. Die Feier findet am 8. 11. 2002 ab 16.00 Uhr in der PI 1 statt, es ist eine Umlage von 11 Euro erforderlich. Das Orgateam bittet um Voranmeldung (Frank Weck/Olaf Neugebauer/Ralf Schwung) zwecks besserer Kalkulation 02 21/2 29-61 11.

Die Nummer für Ihren Anzeigenerfolg! Vereinigte Verlagsanstalten GmbH • Petra Hannen

Telefon (02 11) 73 57-6 33 • Telefax (02 11) 73 57-5 07

Beamtendarlehen & Finanzierungen
 Informieren Sie sich über unsere günstigen Angebote!
 Keine zusätzlichen Vermittlungskosten!
 Keine Vertreterbesuche! Diskrete Abwicklung per Post!
 Unabhängige und kompetente Beratung!
 Vermittlung durch Günther Kraliczak, Am Kriehberg 39, 76229 Karlsruhe
 Anrufen zum Nulltarif: 0800/44 123 44 Fax: 0721/9 48 66 28
 beamtendarlehen@t-online.de www.beamtendarlehen.de

TOP-Finanzierung für jeden Verwendungszweck u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten

→ **Beamten-Darlehen** 12 Jahre 5,95% effektiver Jahreszins 6,53% mit garantiertem Festzins 20 Jahre 6,35% effektiver Jahreszins 6,97%

Beispiele für 32-jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:	
15 000,- € monatl. 135,95 €	25 000,- € monatl. 225,30 €
40 000,- € monatl. 358,45 €	50 000,- € monatl. 448,10 €

• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •

→ **Angestellten-Darlehen** (sehr günstige Vorsorge darl., LV-u. Beamtendarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.) Fordern Sie Ihr TOP-Angebot kostenlose Abwicklung auf dem Postweg

Andreas Wendholt
 Kapital- und Anlagevermittlung
 Prälat-Höing-Straße 19
 46325 Borken

TEL.-NULLTARIF: 0800-331 0 332
 Telefax: (0 28 62) 36 04
 E-Mail: info@top-finanz.de
 Internet: www.top-finanz.de

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? ... nutzen Sie Ihren Vorteil!

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatsinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und

SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME

Die großzügige Darlehensvermittlung
 80336 München · Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof
EUROMUENCH ☎ 0 89/59 15 27

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf – mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100 000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse – auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenherkredite, Teilvalutierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20 000,- €

KAPITALMARKT-RINGELTÄUBCHEN

- Gesamtentschuldung zum Hypothekenzinssatz, besonders geeignet zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen, Ratenbelastung dadurch um etwa die Hälfte niedriger, zusätzliche Barauszahlung möglich.
- Darlehen für Beamte und unkündbar öffentl. Bedienstete Laufzeiten zwischen 10 und 20 Jahren, effektiver Jahreszins ab 6,49% fest für Gesamtlaufzeit.
- Öffentlicher Dienst: nach Dienstdauer Sonderkontingente.
- Baufinanzierung für Neu- und Bestandsimmob. bis 100% zzgl. Erwerbsnebenkosten
- auskunftsfreie Auslandskredite
- Kredite für die Hausfrau

VERA BRUNS
 FINANZDIENSTLEISTUNGEN
 IMMOBILIEN

30 Jahre qualifizierte Vermittlung, kostenfreie Beratung
 Berliner Allee 30, 40212 Düsseldorf,
 täglich von 8-20 Uhr, samstags 11-16 Uhr

Tel. 0211 / 3 23 00 03 - Fax 3 23 00 05

Das anonyme Internet?

– Wie stellt sich die Internetkriminalität aktuell dar, und wie leistungsfähig ist die Polizei in der Bekämpfung der Internetkriminalität?

„Das Internet ist anonym und damit die ideale Spielwiese für Kriminelle! Und die Polizei kriegt nur die Anfänger, die Guten kriegt sie nie!“

Das ist häufig zu hören, wenn Polizeibeamtinnen und -beamte eine Diskussion über die Internetkriminalität führen. Viele sind der Auffassung, die Polizei verfüge hier über wenig Know-how. Obwohl die Medien diese Auffassung weitgehend teilen, berichten sie immer wieder von Straftätern, die von der Polizei gefasst wurden: Hacker, die Schäden in Millionenhöhe anrichten, oder Pädophile, die Gleichgesinnte mit Fotos von kindlichen Opfern versorgen. Trifft es also zu, dass das Internet ein rechtsfreier Raum ist und die Polizei hier keine Kompetenz hat?

„Netguru“, oder „Nicht nur die amerikanischen Hacker sind gut“

Im Oktober 1998 griff ein Hacker, der sich selbst Netguru [Handle] nannte, die Homepages einer Bundesbehörde und mehrerer Firmen an, die von Kölner Providern gehostet wurden. Um kostenlos und unerkannt ins Internet zu gelangen, missbrauchte er die Servicrufnummer eines großen Versicherungsunternehmens, hackte sich in einen Rechner in der Schweiz ein und „sprang“ [bouncete] noch über einige andere Server, bevor er schließlich die Systeme der Kölner Firmen angriff. Nachdem es ihm gelungen war dort einzudringen [Intrusion], ver-

änderte er die Homepages [Defacement] und sorgte dafür, dass die Administratoren der Firmen keinen Zugriff [Rootkit] mehr hatten. Er löschte alle elektronischen Spuren, die er auf den angegriffenen Systemen hinterlassen hatte, und legte Trugspuren, um den Verdacht auf konkurrierende Hacker zu lenken. Nach mehreren Tagen vergeblicher Bemühungen löschten die Administratoren schließlich alle Daten und installierten die Server neu. „Netguru“ verursachte nicht nur finanzielle Schäden (eine hohe fünfstellige Summe), auch das Image der betroffenen Provider wurde beschädigt. „Netguru“ wandte sich per anonymisierter E-Mail an die Presse und erklärte, er habe beweisen wollen, „dass nicht nur die amerikanischen Hacker gut sind“. Nach etwa zwei Monaten intensiver Ermittlungen des zuständigen Kommissariats beim PP Köln wurde der Hacker identifiziert und in der Wohnung seiner Eltern angetroffen. Die Durchsuchung und die anschließende Vernehmung führten zu Erkenntnissen über andere Straftaten des 18-jährigen Abiturienten. Außerdem stellte sich heraus, dass er binnen weniger Monate Telefonkosten in Höhe von etwa 48 000 DM durch Missbrauch der Servicrufnummer verursacht hatte. Da auch andere Hacker die Nummer genutzt hatten, entstanden insgesamt Telefonkosten von nahezu 3 Millionen DM.

Das Internet als virtuelle Welt mit eigenen Gesetzmäßigkeiten

Da die Straftaten in der virtuellen Welt des Internets stattfinden, gelten für die polizeilichen Ermittlungen dessen Ge-

setzmäßigkeiten. Alle Computer und Softwareanwendungen im Internet sprechen eine gemeinsame Sprache: TCP/IP (Transmission Control Protocol/Internet Protocol). Jeder Rechner hat eine eindeutige Adresse (Internet Protocol-Adresse oder kurz IP), die der Täter bei Kommunikationsvorgängen mit anderen Rechnern als Spur im Internet hinterlässt, wie ein Einbrecher seine Fingerabdrücke oder seine DNA am Tatort. Auch wenn der Täter geschickt vorgeht, wird er irgendwo im Opfersystem oder auf dem Weg dorthin seine IP hinterlassen. Die Aufgabe der Polizei ist es, diese Spuren zu finden und richtig zu interpretieren.

Die Tücken der Technik

Das Internet ist ein inhomogenes System aus Millionen von Clients, Servern, Routern, Proxyservern und allem, was die moderne Netzwerktechnik sonst noch zu bieten hat. Neben den unterschiedlichen Betriebssystemen, wie z. B. Unix, Linux oder Windows NT, sorgt eine unüberschaubare Anzahl von Serverapplikationen für den Datenfluss im Internet. Jedes System hat Eigenheiten, die bei der Suche nach einer Spur des Täters zu beachten sind. Die Spurensuche in den Systemen des Internets ist also alles andere als trivial! Allerdings liefern in vielen Fällen die Geschädigten (z. B. eine E-Mail des Täters) oder die Provider (die IP des Täters) die Beweismittel. Sofern der Täter keine besonderen Vorkehrungen zur Anonymisierung getroffen hat, genügen diese bereits, um den Täter zu ermitteln [Rückverfolgung]. In schwierigeren Fällen, z. B. bei Hackerangriffen auf komplexe Providersysteme, reicht das aber nicht mehr aus. Hier sind spezialisierte Polizeibeamtinnen und -beamte gefordert, mit technischem und kriminalistischem Sachverstand das Täterverhalten



zu rekonstruieren, rückverfolgbare Spuren zu finden und zu interpretieren.

Die Modi Operandi der Internetkriminalität

Delinquentes Verhalten zeigt sich im Internet ebenso vielfältig wie in der realen Welt. Beleidigungen, Bedrohungen oder Erpressungen werden immer häufiger per E-Mail, SMS oder IRC übermittelt. Hehlerware wird in Onlineauktionshäusern angeboten, Betäubungsmittel und Arzneimittel kann man in bestimmten Newsgroups und Chats ordern. Betrüger nutzen das Internet mit zunehmender Tendenz. Per E-Mail stellen sie den ersten Kontakt zu Opfern her oder bieten nicht vorhandene Waren in Onlineauktionshäusern an. Das Verbreiten von Kinderpornografie, verfassungsfeindlichen Schriften und Symbolen wird durch die Öffentlichkeit besonders aufmerksam beobachtet, und die Tatsache, dass im Internet Raubkopien kostenlos oder gegen Entgelt zu

bekommen sind, ist schon lange kein Geheimnis mehr. So genannte Dialertäuschen einen unkomplizierten und schnellen Zugang zu Erotikangeboten vor und verursachen dann unbemerkt hohe Kosten durch die Anwahl von Premium-Rate-Services (01 90-Rufnummern). Daneben gibt es aber auch Modi Operandi, die außerhalb des Internets gar nicht möglich sind. Bei der Intrusion dringen die Täter widerrechtlich in fremde Systeme ein, das Defacement ist das Verändern und Verunstalten fremder Homepages, und die Distributed Denial of Service-Attacke bewirkt durch einen enormen Datenstrom das Kollabieren fremder Systeme. Trojaner werden untergeschoben und bieten dann jedem „Möchtegern-Hacker“ die Möglichkeit, über das Internet auf den Opferrechner zuzugreifen, ihn auszuspähen und zu sabotieren. Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Die Internetkriminalität kennt viele Erscheinungsformen!

Rechtstatsächliche Probleme

Durch die enorme Dynamik, mit der sich die Internetkriminalität entwickelt, und hervorgerufen durch die Internationalität des Internets, entsteht eine Vielzahl von rechtlichen Problemen im formellen und materiellen Recht. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte müssen sich daher ständig mit der rechtlichen Problematik auseinandersetzen.

Fazit und Ausblick

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2001 (PKS Bund) weist im Bereich der Computerkriminalität den höchsten prozentualen Anstieg der Fallzahlen auf. Die Ubiquität des Internets lässt erwarten, dass die Polizei weiterhin in hohem Maße mit dieser speziellen Form der Kriminalität konfrontiert wird. Gleichzeitig sind die



Aufklärungsquoten in den von der PKS erfassten Deliktbereichen der Computerkriminalität ungewöhnlich hoch. Das zeigt: Wenn kundige, spezialisierte Beamtinnen und Beamte rechtzeitig von einer Straftat im Internet Kenntnis erlangen und die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, sind die meisten Straftäter im Internet zu ermitteln!

Die Polizei kriegt nicht nur die Anfänger! Die Guten kriegt sie auch!

Epilog

„Netguru“ führte seine Straftaten nahezu perfekt aus und vernichtete alle Spuren auf den angegriffenen Systemen. Er wurde schließlich identifiziert, weil er bei anderen Gelegenheiten seine Spuren im Internet hinterließ. Letztlich waren es kriminalistische Methoden und Vorgehensweisen, die „Netguru“ zum Verhängnis wurden. Das technische Wissen bildete nur die Grundlage für die Ermittlungen im Internet. Ohne fundierte kriminalistische Analysen und Strategien würde er noch heute beweisen können, „dass nicht nur die amerikanischen Hacker gut sind“.

Helmut Picko, PP Köln

Der Autor dieses Beitrags bearbeitet beim PP Köln ausschließlich Delikte der Computerkriminalität und ist Mitglied der AG „Computerkriminalität“, die vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit Erlass vom 1. August 2000 eingerichtet wurde, um Vorschläge für die Gewährleistung einer hohen Ermittlungskompetenz der Polizei bei den Erscheinungsformen der Computerkriminalität zu unterbreiten und die hierzu erforderlichen, zentral zu steuernden Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie weiterer landeseinheitlicher Standards zu beschreiben und zu begründen. Die Arbeitsgruppe wird noch in diesem Jahr ihren Bericht vorlegen.

Preisrätsel



Spaß in der MOVIE World

Gewinnen Sie mit der „Streife“ 5x2 Eintrittskarten für Warner Bros. Movie World in Bottrop-Kirchhellen

Öffnungszeiten des Parks:

- 23. März bis 3. November Montag* bis Freitag: 10.00 bis 18.00 Uhr
- Samstag/Sonntag: 10.00 bis 19.00 Uhr
- Hochsaison 29. Juli bis 31. August: 10.00 bis 21.00 Uhr
- „Halloween“, Fr./Sa. im Oktober: 10.00 bis 23.00 Uhr
- *Änderungen vorbehalten

Halloween-Kult, deine Augen zu schließen, wird dir nicht helfen! Im Oktober verwandelt sich der freundliche Familien-Freizeitpark zu einem unheimlichen, gespenstischen Ort. Kaum betrittst du Warner Bros. Movie World, verspürst Du irgendwie einen kalten Hauch im Nacken. Die Schatten werden länger. Viel länger, als sonst. Und wenn es dunkel wird, entfaltet sich ein wahres Schreckenszenario und du wirst dir wünschen, Psychothriller gäbe es nur im Kino...

Jeden Freitag und Samstag im Oktober 2002 von 17 bis 23 Uhr. Sonntags im Oktober bis 21 Uhr. Der Halloween-Horror kostet übrigens nichts extra und ist im normalen Eintrittspreis für Warner Bros. Movie World schon drin!

Weitere Infos: www.movieworld.de oder am Info-Telefon 0 20 45-8 99-8 99

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte bis zum 1. Oktober 2002 einsenden an:

Innenministerium NRW
 Redaktion „Streife“
 Kennwort: September
 Haroldstraße 5
 40213 Düsseldorf

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

HHHHHHHHSS
 HAMBROSLA
 HVERONIKKA
 DATUMNHL
 HHTTTHAKEE
 HHEUZEITE
 HALLSSENKOL
 HUNDERRHOC
 HEDERRSEK
 HEDERRSINNE
 HEDERRFILM
 HBRASILIA
 HGEHRNHRU
 HFLORANDEL
 HFINALE
 HMOERAP
 HSTRAL
 HUNGTET
 HEGATE

12. Oktober (1-11)



Vorschau auf die Oktober-Ausgabe



Nordirland – der Friedensprozess und seine Auswirkungen

Aus aktuellen Gründen musste der Beitrag in die Oktoberausgabe geschoben werden. Die Redaktion bittet um Ihr Verständnis. Kollege Michael Morenz von der PI Lemgo hospitierte in Newtownards/Nordirland. In seinem Artikel beschreibt er den Friedensprozess und seine Auswirkungen auf die Polizei Nordirlands. Dabei schildert er auf eindrucksvolle Art und Weise persönliche Erlebnisse und versucht die Wurzeln des Nordirland-Konflikts zu erläutern.

Ausbildungsbörse

Gemeinsam veranstalteten die Bezirksregierung Detmold, die Kreispolizeibehörden des Bezirks, die Abteilung Werbung und Auswahl der Polizei und das Polizeiausbildungsinstitut in Schloss Holte-Stukenbrock auf dem dortigen Gelände eine Ausbildungsbörse für Schülerinnen und Schüler der Region. Seit einigen Wochen waren bereits die Einstellungsberater der KPB'en Höxter, Paderborn, Gütersloh und Detmold in den Schulen unterwegs, um für die Veranstaltung zu werben. Sie sprachen Interessentinnen und Interessenten für die Einstellungskampagne 2003 an, Schüler/innen der Klassen 11 und 12, die im Jahr 2003 als Bewerber/innen mit Abitur bzw. Fachabitur anstehen. Diese Aktion wurde erstmalig in NRW durchgeführt.



Die Neandercops

„Gemeinsam in einem Boot, um mit vereinten Kräften ein gemeinsames Ziel zu erreichen.“ Teamwork LIVE, auch auf dem Wasser, beweisen Kolleginnen und Kollegen der KPB Mettmann mit ihrem Drachenboot. Von dieser außergewöhnlichen Aktion berichtet Marten Harms & Team.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71- 23 66,
Fax (02 11) 8 71- 23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Layout: Günther Franken

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-107.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 18 vom 1. Oktober 2001.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

Rettungsübung an der Wuppertalsperre

Kollege Thorsten Schmidt von der 2. BPT berichtet über die im Rahmen eines Seminars zur Fortbildung der Bereitschaftspolizei angelegte Wasserrettungsübung.



Redaktionsschluss für die Oktoberausgabe ist der **3. 9. 2002**,
für die Novemberausgabe der **8. 10. 2002**.



**PVAG – dein Freund
und Helfer!**

Gut zu wissen, dass Sie jederzeit unsere Spezialversicherer der Polizei, die PVAG-Experten, rufen können, wenn es um die Ermittlung Ihrer effektiven Absicherung bzgl. Versicherungen und Altersvorsorge geht. Unser kompetenter Aufklärungsservice liefert Ihnen beste Lösungsvorschläge.

Informieren Sie sich. Jetzt!

Ihre Ansprechpartner in
Nordrhein-Westfalen

FD Aachen	02 41/4 77 87-0
FD Arnsberg	0 29 31/52 30-0
FD Bielefeld	05 21/5 29 91-0
FD Bochum	02 34/9 37 30-0
FD Bonn	02 28/9 59 50-0
FD Dortmund	02 31/1 35-20 86
FD Düsseldorf	02 11/1 60 02-0
FD Essen	02 01/8 27 79-0
FD Köln	02 21/5 79 91-0
FD Krefeld	0 21 51/84 15-0
FD Mönchengladbach	0 21 61/9 36 90-0
FD Münster	02 51/7 77 71-0
FD Paderborn	0 52 51/17 40-0
FD Siegen	02 71/50 07-0
FD Solingen	02 12/28 07-0
FD Wesel	02 81/1 41-0



Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe.